

**TÄTIGKEITSBERICHT DES LANDRATES  
ÜBER DIE ARBEIT DER  
KREISVERWALTUNG TELTOW-FLÄMING  
1998**

Drucksachen-Nummer 2-0098/99

## Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
Vorwort des Landrates	3
<u>Landratsbereich</u>	5
Gleichstellungsbeauftragte	5
Ausländerbeauftragte	6
Behinderten- und Seniorenbeauftragte	7
Wirtschaftsförderungsbeauftragter	10
Beauftragter für die Waldstadt	12
Pressestelle	13
<u>Dezernat I</u>	16
Hauptamt	16
Personalamt	19
Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt	20
Kämmerei	21
Rechtsamt	23
<u>Dezernat II</u>	26
Amt zur Regelung offener Vermögensfragen	26
Ordnungsamt	28
Straßenverkehrsamt	31
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	39
Umweltamt	43
<u>Dezernat III</u>	47
Schulverwaltungsamt	47
Kulturamt	50
Sozialamt	52
Jugendamt	54
Gesundheitsamt	56
Staatliches Schulamt	59
<u>Dezernat IV</u>	62
Planungsamt	62
Kataster- und Vermessungsamt	64
Untere Bauaufsichtsbehörde	66
Wohnungsförderungsamt	67
Hoch- und Tiefbauamt	69
Landwirtschaftsamt	71

# Landkreis Teltow-Fläming

## Der Landrat

---

Luckenwalde, Januar 1999

Sehr geehrte Abgeordnete des Kreistages Teltow-Fläming,

das Jahr 1998 - geprägt durch die Bundestags- und Kommunalwahlen - liegt hinter uns. Ein neuer Kreistag wurde gewählt und nahm seine Arbeit auf. Zahlreichen Abgeordneten wurde von den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises Teltow-Fläming erneut das Vertrauen geschenkt. Viele Abgeordnete - genau die Hälfte der Abgeordneten des 2. Kreistages - arbeiten erstmals als Kreistagsabgeordnete und sehen den vorliegenden Tätigkeitsbericht zum ersten Mal. Mit diesem Bericht möchte ich jährlich über die alltägliche Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung berichten und auf für den Landkreis Teltow-Fläming bedeutsame Höhepunkte aufmerksam machen.

Ein besonderer Höhepunkt 1998 war der erste Spatenstich für das neue Kreishaus in Luckenwalde. Nach knapp einem halben Jahr konnte bereits Richtfest gefeiert werden. Mit dem Kreishaus entsteht in Luckenwalde nicht nur ein Verwaltungsgebäude sondern ein attraktives Zentrum für die Bürgerinnen und Bürger. Weitere Höhepunkte waren das Richtfest für den Neubau der Förderschule für Geistigbehinderte in Jüterbog, das Richtfest für den Fachraumtrakt des Oberstufenzentrums Teltow-Fläming in Ludwigsfelde/Birkengrund Süd und nicht zuletzt die Übergabe des Zuwendungsbescheides dem Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Brandenburg für den im Süden geplanten Radwanderweg mit integrierter Inline-Skaterbahn. Der Landkreis Teltow-Fläming präsentierte sich im vergangenen Jahr auf der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) auf dem Flughafengelände in Berlin-Schönefeld und auf der 3. Berliner und Brandenburger Immobilienmesse in Bonn/Bad Godesberg mit Teilen der Landkreis-Ausstellung.

Mit dem Tätigkeitsbericht wird jährlich in den Ämtern der Kreisverwaltung Bilanz gezogen. Viele positive Arbeitsergebnisse können dargelegt werden, aber auch kritische Anmerkungen sind zu finden. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für ihr Engagement bei ihrer täglichen Arbeit zu bedanken.

Dank gilt auch Ihnen, den Abgeordneten des Kreistages. Nicht nur des jetzigen 2. Kreistages, sondern vor allem auch den Abgeordneten des 1. Kreistages, die im Jahr 1998 mit ihren kritischen und konstruktiven Entscheidungen wesentlich dazu beitragen, die kontinuierliche positive Entwicklung in unserem Landkreis voranzutreiben.

Mit dem vorliegenden Tätigkeitsbericht wird es wiederum nur möglich sein, Ihnen einen kleinen Einblick zu vermitteln, welche Aufgaben in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming bewältigt werden konnten. Der Umfang, in dem über die einzelnen Ämter und Sachgebiete berichtet wird, sollte Sie bitte keine Rückschlüsse auf die Qualität oder die Wichtigkeit der geleisteten Arbeit schließen lassen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass nur Arbeitsschwerpunkte erwähnt werden konnten. Die im Text angegebenen Fakten und Zahlen beziehen sich überwiegend auf den Informationsstand Herbst 1998.

Für das neue Jahr wünsche ich Ihnen viel Schaffenskraft, um die bevorstehenden Aufgaben mit großem Engagement bewältigen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Giesecke

## Landratsbereich

Die **Gleichstellungsbeauftragte** ist in ihrer Funktion als Beauftragte des Landrates für die Umsetzung des im GG Artikel 3 Abs. 2 geforderten Gleichheitsgrundsatzes zuständig. Aus der brandenburgischen Kommunalverfassung (§§ 23 GO bzw. § 21 LKrO) und dem Landesgleichstellungsgesetz ergeben sich die Aufgabengebiete der Gleichstellungsbeauftragten im Landkreis Teltow-Fläming.

Ziel dieses Gesetzes ist es, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der öffentlichen Verwaltung zu erreichen und dabei ein gutes Beispiel für die Wirtschaft zu geben, Frauen entsprechend ihren Fähigkeiten zu beschäftigen und zu fördern.

In der Kreisverwaltung hält die Gleichstellungsbeauftragte ständigen Kontakt zu den Fachämtern, um die Forderungen des Grundgesetzes nach Gleichstellung und Gleichbehandlung von Frauen und Männern zu erfüllen. Frauenförderung ist darauf ausgerichtet, durch Regelungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie die vorhandenen Strukturen so zu verändern, dass es den Frauen ermöglicht wird, in allen Funktionen entsprechend ihren Fähigkeiten vertreten zu sein.

Die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten sind Querschnittsaufgaben, die alle Lebensbereiche, wie Beruf, öffentliches Leben, Bildung und Ausbildung, Familie und soziale Sicherheit verwaltungsintern und extern erfassen. Die Gleichstellungsbeauftragte ist gleichzeitig Multiplikatorin bei der Vermittlung von Fachwissen, bedingt durch die enge Zusammenarbeit mit dem Referat Frauen beim MASGF und als Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten des Landes Brandenburg.

Durch die Vielfalt der Aufgabenbereiche ist es wichtig, ständig Kontakte mit anderen Bundes- und Landesbehörden zu halten, um schnell auf neue Regelungen, die sich auf frauen- und gleichstellungsrelevante Problemstellungen beziehen, reagieren zu können.

Ein weiterer bedeutender Schwerpunkt ist die Frauen- und Mädchenarbeit im Landkreis. Ein wichtiges Arbeitsinstrument ist dabei das 1997 geschaffene "Frauennetzwerk Teltow-Fläming". Die angestrebte Zusammenarbeit der im Landkreis tätigen Projekte mit den öffentlichen Einrichtungen, wie Arbeitsamt, Bildungsträger und Beschäftigungsgesellschaften hat sich sehr gut entwickelt. In Zusammenarbeit mit der Regionalstelle und den freien Trägern ist es möglich gewesen, neben den schon bestehenden Maßnahmen, elf neu geförderte Maßnahmen mit 58 Frauen und einem Mann im Landkreis zu konzipieren und umzusetzen. Die Inhalte der Projekte beziehen sich auf die Arbeit mit Kindern

und Jugendlichen im Sport- und Freizeitbereich, auf Frauenarbeit und auf Angebote für Behinderte und Senioren.

Ein Spiegelbild der Frauenarbeit im Landkreis ist die Organisation und Durchführung der 8. Brandenburgischen Frauenwoche. Das anspruchsvolle Motto "Frauen Macht Politik" wurde in den vielen Veranstaltungen mit einem hohen Qualitätsanspruch der Frauen umgesetzt. Wichtig war es allen Veranstalterinnen, Frauen für die Kommunalwahlen zu interessieren und zu aktivieren. Intensiv wurden danach auch die Bestrebungen zum Aufstellen einer Frauenliste zu den Kommunalwahlen betrieben, mit Erfolg. So erreichte die Frauenliste Ludwigsfelde ein Mandat. Die regionale Vernetzung zeigt sich aber auch weiter in kleineren Strukturen. So entstand im Amtsbereich Jüterbog unter Mitwirkung der Gleichstellungsbeauftragten eine Fraueninitiative, die eine Koordinierung der Aktivitäten und damit eine Bündelung der Kräfte in der Region erreichen will.

Eine Informations- und Berufsorientierungsbörse für Frauen ist für 1999 in Planung. Diese soll erstmalig zum "Brandenburgtag" in Jüterbog stattfinden. Dazu wird zurzeit von den Akteurinnen eine Informationsbroschüre erarbeitet, die den Frauen und auch den Männern als Orientierungshilfe zur Verfügung stehen wird.

Die Kontaktpflege und der Erfahrungsaustausch mit den zuständigen Behörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit der Pressestelle hatten für die Gleichstellungsbeauftragte auch 1998 einen hohen Stellenwert.

Im Bereich der Ausländerarbeit ist die **Ausländerbeauftragte** Ansprechpartnerin für alle In- und AusländerInnen, für Projekte, die sich mit dieser Thematik befassen und in der Mittlerfunktion zwischen den Bürgern und den Behörden sowie den Institutionen.

Im Landkreis Teltow-Fläming leben zurzeit ca. 2100 AusländerInnen aus über 60 Nationen, 18 % davon sind AsylbewerberInnen. Das entspricht einem Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung von 1,4 % an der Gesamtbevölkerung des Landkreises.

Bei der Ausländerbeauftragten laufen alle spezifischen Informationen zusammen, die dann an andere Ämter, Institutionen, Ministerien usw. weitergegeben werden. Kontaktpflege und der Erfahrungsaustausch mit allen Stellen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sind ebenso wie die Zusammenarbeit mit den Fachämtern der Kreisverwaltung Teltow-Fläming für die Ausländerbeauftragte von Bedeutung.

Ein wesentlicher Bestandteil ist die Öffentlichkeitsarbeit. Dabei steht die Bewusstseinsbildung und die Sensibilisierung der einheimischen Bevölkerung für die Belange der in Deutschland lebenden ausländischen Bürger im Vordergrund.

Die Ausländerbeauftragte arbeitet im Bildungs- und Jugendfreizeitbereich sehr intensiv mit den Schulen und Freizeitprojekten zusammen, um Wissen über andere Kulturen und Religionen zu vermitteln, denn nur durch die Kenntnisse anderer Lebensformen kann Toleranz und Verständnis erzeugt werden. Dazu gehört zum Beispiel die Veranstaltung mit afrikanischen Musikern im Jugendfreizeithaus in Trebbin, die wir anlässlich des Antirasismustages im März als Auftaktveranstaltung organisierten.

Die Veranstaltungen der Interkulturellen Woche sollen Auskunft geben über das Zusammenleben von In- und AusländerInnen, bzw. auch Probleme aufzeigen. So fand auch ein Arbeitsmarktgespräch in Niedergörsdorf zur Situation von AussiedlerInnen und ihren ausländischen Familienangehörigen statt. Zu dieser Veranstaltung waren eingeladen alle an dieser Problematik beteiligten Institutionen, wie Arbeitsamt, Wirtschaftsförderung, Sozialamt, Arbeitsfördergesellschaften, Bildungsträger und die Gemeinde, um Lösungsansätze zu diskutieren und Wege aufzuzeigen.

Das Freundschaftsspiel im Hallenfußball ist in der Interkulturellen Woche schon ein fester Bestandteil geworden. In diesem Jahr wurde das Turnier in Niedergörsdorf/OT Flugplatz im Jungentreff organisiert. Beteiligt waren Schülermannschaften aus Mahlow, Altes Lager, Niedergörsdorf und vom OT Flugplatz. Zur Tradition geworden ist ebenfalls das Spiel um den Pokal des Bürgermeisters der Stadt Ludwigsfelde, an dem Mannschaften von Asylbewerbern, der Sport- und Freizeitvereine und der Polizei teilnahmen. Mit diesen Veranstaltungen werden Vorurteile und Berührungängste abgebaut und Toleranz gegenüber dem Fremden geschaffen.

Die Ausländerbeauftragte bietet Unterstützung und Beratung für in- und ausländische Bürger zu allen sozialen Lebensbereichen an. Besonders die Arbeit mit binationalen Familien ist unter Berücksichtigung der spezifischen Lage der Kinder ein wichtiger Arbeitsbereich. Zur weiteren Qualifizierung der Arbeit konnte auch eine Studienreise zu Möglichkeiten der Integration in Europa nach Belgien und Holland genutzt werden. Der Landkreis war durch die Ausländerbeauftragte bei Landes- und Bundeskonferenzen vertreten.

Einen umfassenden Aufgabenbereich erfüllt auch **die Behinderten- und Seniorenbeauftragte** des Landkreises Teltow-Fläming.

Behindertenpolitik ist nicht nur ein Teil der Sozialpolitik, sondern findet in allen Politikbereichen statt. In der Beobach-

tung, Begleitung und Beeinflussung von Vorhaben in allen Bereichen auf Kreisebene sieht die Beauftragte den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit. Anregungen, Beschwerden und Hinweise von Betroffenen bzw. ihren Verbänden wachsen durch ihre Vermittlung über den Einzelfall hinaus, indem sie die zuständigen Stellen in der Verwaltung mit konkreten Empfehlungen zugänglich macht und so Gegenstand der Entscheidungsfindung werden.

Mit Wirkung vom 15.11.1994 ist das Grundgesetz um ein besonderes Diskriminierungsverbot ergänzt worden. Artikel 3 Abs. 3 Satz 2 GG lautet: "Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden."

Hier beginnt der Aufgabenbereich der Behindertenbeauftragten. Sie ist der zentrale Ansprechpartner, der schnell und im unmittelbaren Kontakt helfen kann, der Verbindungen zu Verbänden und Organisationen, deren Arbeit den Behinderten dient, knüpfen kann. Laut Statistischen Jahrbuch von 1997 gibt es im Landkreis Teltow-Fläming 8.813 Schwerbehinderte, die im Besitz eines Schwerbehindertenausweises sind. Nach Altersgruppen eingeteilt ergibt sich folgendes Bild:

unter 4 Jahre	17 Schwerbehinderte
4 - 6 Jahre	17 Schwerbehinderte
6 - 15 Jahre	202 Schwerbehinderte
15 - 18 Jahre	89 Schwerbehinderte
18 - 25 Jahre	185 Schwerbehinderte
25 - 35 Jahre	454 Schwerbehinderte
35 - 45 Jahre	696 Schwerbehinderte
45 - 55 Jahre	931 Schwerbehinderte
55 - 60 Jahre	1.082 Schwerbehinderte
60 - 62 Jahre	455 Schwerbehinderte
62 - 65 Jahre	641 Schwerbehinderte
65 und darüber	4.044 Schwerbehinderte

Um möglichst viele Menschen für die Belange behinderter Mitbürger zu sensibilisieren, arbeitet die Behindertenbeauftragte eng mit den Fachämtern der Kreisverwaltung, den Wohlfahrtsorganisationen, den Behindertenverbänden und den Selbsthilfegruppen zusammen. Es werden gemeinsame Aktionstage vorbereitet und durchgeführt, z. B. "Tag des weißen Stocks", "Tag des Behinderten", "Tag der Selbsthilfegruppen" usw. Die Unterstützung der bestehenden Kontakt- und Begegnungsstätten für Menschen mit Behinderungen ist ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit. Begegnungsstätten gibt es in Jüterbog, Luckenwalde, Ludwigsfelde und Rangsdorf. Die Sozialstationen im Landkreis haben ebenfalls Begegnungsstätten, die von Behinderten und Senioren gemeinsam genutzt werden. Die Kontakte zu Unternehmen im Landkreis Teltow-Fläming sind weiter gefestigt worden. Auf Grund der schlechten Arbeitsmarktlage findet gegenwärtig jedoch ein großer Verdrängungswettbewerb statt und wirkt sich zwangsläufig auch negativ auf die Beschäftigung von behinderten

Arbeitnehmern aus. Die Beauftragte nutzt jede sich bietende Gelegenheit, an öffentliche und private Arbeitgeber zu appellieren, trotz der angespannten Arbeitsmarktlage ihrer Verantwortung gegenüber behinderten Arbeitssuchenden gerecht zu werden.

Die Zusammenarbeit mit der unteren Bauaufsichtsbehörde ist ein sehr wichtiger Schwerpunkt der Arbeit der Behindertenbeauftragten. Hier geht es um die gemeinsame Durchsetzung der brandenburgischen Bauordnung, Paragraph 56, Barrierefreies Bauen. Die Versorgung mit behindertengerechtem, barrierefreiem Wohnraum hat sich auch weiterhin verbessert. Durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit und persönliches Engagement der Behindertenbeauftragten ist es gelungen darauf einzuwirken, dass bei baulichen Veränderungen die Belange von behinderten Menschen beachtet werden. Die Behindertenbeauftragte hält ständig Kontakt mit dem Kreishauskoordinator, um hier die Belange von Menschen mit Behinderungen schon bei der Planung zu berücksichtigen. Eine besonders intensive Zusammenarbeit gibt es mit der Behindertenberatungsstelle des Gesundheitsamtes und mit dem Sozialamt. Dadurch können Probleme, die in Beratungen und an den Sprechtagen durch Behinderte oder deren Angehörige an die Beauftragte herangetragen werden, auf dem kürzesten Weg einer Lösung zugeführt werden. Beratungsstellen der Freien Träger werden in die Arbeit mit einbezogen, wie z. B. die Frühförder- und Beratungsstelle des Landkreises Teltow-Fläming und die Wohnraumanpassungsberatungsstelle, beide in Trägerschaft des Deutschen Roten Kreuzes. Vorrangig werden auch Maßnahmen zur zusätzlichen Betreuung für Menschen mit Behinderungen durch die Beauftragte initiiert und koordiniert. Menschen mit Behinderungen sind mehr als andere auf diese Hilfe angewiesen, ihre Lebensqualität steht im direkten Zusammenhang mit der Qualität dieser Dienste. Besonderer Wert wird hier auf ehrenamtliche Betreuung gelegt, aber auch in Zusammenarbeit mit den Arbeitsfördergesellschaften über das Arbeitsförderungsgesetz, z. B. ABM oder SAM (Strukturanpassungsmaßnahmen).

Auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit sei hier noch ein Beispiel angeführt: Im Juli 1997 wurde ein Wegweiser mit touristischen Tipps für die Gäste mit Handicaps in Zusammenarbeit mit dem VAB e. V. Luckenwalde und den Juventus e. V. Mahlow herausgegeben. Auf Initiative und aktive Mitarbeit der Behindertenbeauftragten wurde eine Broschüre erarbeitet, um für Menschen mit Behinderungen unterschiedlichster Art zusätzliche Orientierungshilfen zu schaffen, inwiefern für sie öffentliche Gebäude, kulturelle und gastronomische Einrichtungen erreichbar sind.

Mit dem Ende dieses Jahrtausends haben die Vereinten Nationen das Jahr 1999 zum Internationalen Jahr der älteren Menschen erklärt. Das 20. Jahrhundert klingt somit mit einem Internationalen Jahr aus, das sich einer der großen demografischen Herausforderungen stellen wird: Dem rasanten Anwachsen der Zahl älterer Menschen in der Gesellschaft. Doch diese Herausforderung ist nicht negativ zu sehen, das Internationale Jahr gibt uns die Möglichkeit, uns mit dem Altern und den Älteren in

unserer Gesellschaft zu beschäftigen. In unserem Landkreis leben rund 30.000 Seniorinnen und Senioren. In den Städten, Ämtern und Gemeinden unseres Landkreises gibt es 12 Seniorenbeiräte, die sich ehrenamtlich mit Unterstützung ihrer Kommunen für die Senioren in ihren Bereich engagieren. Aus Mitgliedern dieser Seniorenbeiräte setzt sich die "Arbeitsgemeinschaft der Seniorenbeiräte" des Landkreises Teltow-Fläming zusammen. Die Seniorenbeauftragte nimmt an diesen Beratungen der Arbeitsgemeinschaft teil, um die Seniorenarbeit im Landkreis Teltow-Fläming mit Rat und Tat zu unterstützen. Die Seniorenbegegnungsstätten und Seniorenbüros sind Anlaufstellen für ältere Menschen, die nach dem Berufsleben aktiv etwas für sich und andere tun wollen. Im Internationalen Jahr der Senioren werden durch die Arbeitsgemeinschaft der Senioren des Landkreises Teltow-Fläming Kontakte mit Senioren der Republik Tschechien aufgenommen. Die diesjährige Seniorenwoche mit rund 90 Veranstaltungen im Landkreis hat gezeigt, dass Senioren noch lange nicht zum "Alten Eisen" gehören. Die Qualität der Veranstaltungen ist im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gestiegen. Ein besonderer Höhepunkt der Seniorenarbeit in diesem Jahr war die Auszeichnungsveranstaltung zum "3. Tag der ehrenamtlichen Seniorenarbeit in Brandenburg", die der Brandenburgische Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe am 02.06.1998 bei uns im Landkreis Teltow-Fläming durchführte.

Dem Landratsbereich zugeordnet ist auch der **Wirtschaftsförderungsbeauftragte**.

1998 lag ein Schwerpunkt der Tätigkeit auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik. Durchschnittlich ca. 10.000 Arbeitslose im Landkreis waren Anlass - ausgehend von einem „Runden Tisch für Arbeit“ im Frühjahr - gemeinsam mit der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming (SWFG) und der Luckenwalder Beschäftigungs- und Aufbaugesellschaft mbH (LUBA) ein Regionales Arbeitsmarktkonzept zu erarbeiten. Dieses wurde mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen abgestimmt und u. a. dem Direktor der Generaldirektion V der EU-Kommission in Brüssel, Herrn Lonnroth, vorgestellt, der es sehr positiv aufgenommen und Unterstützung zugesagt hat. Im Zuge des Umsetzungsprozesses ist inzwischen eine Serviceagentur gegründet worden, die versuchen soll, durch Synergieeffekte, wie z. B. die Kombination von kreislichen Projekten mit Maßnahmen der Arbeitsförderung, die Arbeitslosenquote zu senken. Durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln durch den Kreistag über den Haushaltsplan 1998 konnten gemeinsam mit einer Reihe von Maßnahmeträgern - schwerpunktmäßig im Süden des Landkreises - zwölf Arbeitsförderungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen mit kreislicher Bedeutung bestätigt und mit fast 900 TDM kofinanziert werden. Dadurch konnten ca. 200 Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozess einbezogen und damit ihre persönlichen Chancen verbessert

werden. Im Auftrag des Kreistages wurden mit der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft für Arbeitnehmer mbH

Neuheim (NEUBA) Verhandlungen über eine Beteiligung des Landkreises als Gesellschafter geführt und vom Grundsatz her positiv abgeschlossen. Lediglich die Frage nach Art und Höhe der Stammkapitaleinbringung ist noch abschließend zu klären.

Auf dem Gebiet des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ging es in Umsetzung des durch den Kreistag beschlossenen Nahverkehrsplanes darum, unsere Verantwortung als Aufgabenträger des übrigen ÖPNV in enger Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen unseres Landkreises und der Verkehrsverbundgesellschaft Berlin-Brandenburg (VBB) aktiv wahrzunehmen. Damit im Zusammenhang wurden u. a. als nichtinvestive Defizitausgleiche 2.505.180 DM an Landesmitteln weiter gereicht und aus dem Kreishaushalt 4.678.000 DM bereitgestellt. Auf der investiven Seite konnte 1998 bei der Personennahverkehrsgesellschaft Nuthetal mbH (PVN) eine neue Abstellhalle mit Werkstattgebäude in Luckenwalde errichtet und im Mai eingeweiht werden.

Bei der ebenfalls durch den Kreistag beschlossenen Neustrukturierung des ÖPNV wurde im Hinblick auf die Aufspaltung der Verkehrsgesellschaft Königs Wusterhausen und Zossen mbH (VKZ) intensiv u. a. in einer Arbeitsgruppe gemeinsam mit Vertretern des Landkreises Dahme-Spreewald gearbeitet und ab 01.01.1999 wird der Betriebsteil Ludwigsfelde der VKZ gemäß einem Nutzungsüberlassungsvertrag auf die PVN übergehen.

Enge Kontakte zur Wirtschaft, ihren Kammern und Verbänden zu halten, gehört ebenfalls zum Aufgabengebiet des Wirtschaftsförderungsbeauftragten. Im Rahmen sogenannter „Wirtschaftsrunden“ unter Beteiligung der Industrie- und Handelskammer, der Kreishandwerkerschaft, der Investitionsbank des Landes Brandenburg, der SWFG und des Unternehmerverbandes wurden regelmäßig wirtschaftsrelevante Themen besprochen und Erfahrungen ausgetauscht. Betriebsbesuche, ein Pressetermin im Güterverkehrszentrum Großbeeren, Investorenberatungen und Teilnahmen am Industriestammtisch des Unternehmerverbandes dienen dazu, Probleme der Betriebe kennenzulernen und - wenn möglich - zu deren Lösung beizutragen.

Auch die Begleitung des Ausschusses für Wirtschaft und Landwirtschaft des Kreistages und die Mitarbeit in der Koordinierungsgruppe der Kreisverwaltung dienen dazu, auftretende Probleme der Wirtschaftsentwicklung schnell aufzugreifen und zu möglichst schnellen, unpragmatischen Lösungen zu kommen.

Die positive Entwicklung von Gesellschaften mit kreislicher Beteiligung zeigt sich z. B. beim Biotechnologiepark Luckenwalde, wo in diesem Jahr u. a. das neue Communication Center eröffnet werden konnte oder beim begonnenen Ausbau des Verkehrslandeplatzes Schönhagen zum Luftfahrt-Technologie-Park und der in diesem Zusammenhang erfolgten Fertigstellung eines neuen Towers.

Im Hinblick auf die europäische Entwicklung sind wir bemüht, die Firmen unseres Landkreises auch bei dem Knüpfen internatio-

naler Kontakte zu unterstützen. Deshalb arbeitet der Wirtschaftsförderungsbeauftragte in einer Arbeitsgruppe auf Landesebene zur Vorbereitung des Europartnerschafts 1999 in Potsdam mit.

Die Aufgabe des **Landesbeauftragten für die Waldstadt** endete gemäß dem vierten Gemeindegliederungsgesetz (4. GemG1G) mit dem Tag der Kommunalwahl am 27.09.1998, die bis dahin zur Herstellung einer funktionsfähigen Selbstverwaltung einen besonderen Status hatte. Der Landrat hatte per Gesetz alle Aufgaben der Selbstverwaltung einer Kommune wahrzunehmen und deren Realisierung durch das Amt Zossen auch in dieser Eigenschaft zu kontrollieren. Die Gemeinde Waldstadt ist jetzt Ortsteil der Gemeinde Wünsdorf, welche dem Amt Zossen angehört und nimmt ihre Selbstverwaltungsaufgaben durch eine gewählte Gemeindevertretung wahr.

Bereits 1906 begann die militärische Nutzung der Orte Wünsdorf/Zehrendorf, das heutige Gebiet der Waldstadt. Mit dem Abzug der Westgruppe der GUS-Streitkräfte am 31.08.1994 stand dieses Gebiet als größte bebaute Konversionsfläche in Brandenburg einer friedlichen Nutzung zur Verfügung.

Die schon 1991/92 begonnenen Überlegungen zur zivilen Entwicklung dieser Konversionsfläche wurden in Abstimmung mit der Landesregierung (Entwicklungskonzeption der Landesregierung für die Waldstadt) planerisch in einem Bereichsentwicklungsplan umgesetzt. Diese Planungsgrundlagen waren zugleich Handlungskonzept für die landeseigene Entwicklungsgesellschaft Waldstadt Wünsdorf/Zehrendorf (EWZ), die als Eigentümer der zu entwickelnden Flächen die Vermarktung vornimmt.

Mit dem Tag der Kommunalwahl 1998 wohnten schon über 1300 Einwohner (Fertigstellung der ersten Mietwohnungen am 01.08.1996) in den unter Beachtung des Denkmalschutzes und unter Wahrung des Waldstadtcharakters frisch sanierten ehemaligen Militärwohnungen für einen Mietpreis zwischen 6,50 und 11 DM pro m<sup>2</sup>. Die Einwohnerzahl ist bei ausgewogenem sozialen Profil weiterhin überdurchschnittlich steigend, da die Sanierung der ca. 3500 ehemaligen militärischen Unterkünfte eingeleitet ist und mit den ausgewiesenen Neubaugebieten für Einfamilienhäuser nach den planerischen Vorstellungen insgesamt bis zu 10.000 Einwohner im Jahr 2005 vorgesehen sind. Im Frühjahr 1998 wurde eine ehemalige Schule für die Kinder der russischen Militärangehörigen für 6,3 Mio. DM nach modernsten pädagogischen Gesichtspunkten eingerichtet übergeben und damit gleichzeitig die bisher unzureichende Grundschulsituation in Wünsdorf beseitigt.

Neben der Entwicklung der Wohngebiete auf etwa 150 ha mit den dazugehörigen Infrastruktureinrichtungen, wurden auch ca. 100 ha als gewerblich zu nutzendes Gebiet ausgewiesen. Dabei sind vorrangig Gewerbekleinbetriebe, sowie Einrichtungen für

Bildung und Fortbildung bzw. Freizeit- und Erholungseinrichtungen geplant und realisiert, wobei ca. 500 Arbeitsplätze, wovon etwa die Hälfte Kurzzeitarbeitsplätze sind, entstanden. Die meisten Arbeitsplätze (fast 1000) stellte aber die Landesregierung durch Sanierung von Bürogebäuden bereit, die verschiedene Ämter und Behörden in der Waldstadt zusammengeführt hat, wobei der Landkreis zeitweise mit der Unterbringung des Kataster- und Vermessungsamtes und des Amtes zur Regelung offener Vermögensfragen ebenfalls beteiligt ist.

Verschiedene künstlerische Projekte, wie z. B. das Spitzbunkerprojekt, wechselnde Ausstellungen oder Sommertheater prägen die Waldstadt als ein kulturelles Zentrum. Herausragend ist dabei auch die Entwicklung einer internationalen Bücherstadt (Book-Town), die auch Bestandteil eines für die Waldstadt speziell erarbeiteten Tourismusrahmenplanes ist. Außerdem ist vorgesehen, ein Teil der Kreismusikschule Teltow-Fläming zusammen mit einer neu zu bildenden Kunstschule in den Räumen des Bürgerhauses unterzubringen, welches zurzeit mit EU-Mitteln in Stand gesetzt wird.

Neben den Beauftragten ist die **Pressestelle** mit den beiden Aufgabenbereichen Pressearbeit und Öffentlichkeitsarbeit dem Landratsbereich direkt zugeordnet.

Der Bereich Pressearbeit betrifft die Zusammenarbeit der Kreisverwaltung Teltow-Fläming mit den regionalen Medien. Im Landkreis Teltow-Fläming erscheinen drei Lokalausgaben für die Bereiche Jüterbog, Luckenwalde und Zossen der Märkischen Allgemeinen Zeitung und die Lausitzer Rundschau mit der Lokalausgabe Dahme. Diese Tageszeitungen sowie die Berliner Morgenpost, die Wochenzeitungen Blickpunkt und Wochenspiegel mit den im Landkreis Teltow-Fläming vertretenen Ausgaben und der Rundfunksender Antenne Brandenburg erhalten Informationen in Form von Pressediensten über die Pressestelle. Bei telefonischen Anfragen und Interviewwünschen der genannten Medien und auch darüber hinaus wird durch die Pressestelle umgehend reagiert.

Die durch die Pressestelle verfassten Pressedienste mit aktuellen Informationen aus der Kreisverwaltung beruhen auf Informationen aus den Ämtern oder auf Eigeninitiative nach entsprechenden Absprachen mit dem jeweils zuständigen Fachamt. Neben diesen Pressediensten erfolgt die Organisation von thematischen Pressegesprächen und -terminen.

Von Januar bis Mitte November wurden insgesamt 396 Pressedienste mit Informationen aus allen Dezernaten herausgegeben. Der größte Teil, ca. 250 der verfassten Presseinformationen, behandelte Themen aus dem Dezernat III, wobei über Angebote der Kreisvolkshochschule als einem Sachgebiet des Schulverwaltungsamtes am häufigsten informiert wurde. An zweiter Stelle stehen Informationen aus dem

Kulturamt, die an die Medien weitergegeben wurden. Die weiteren Pressedienste behandelten Themen, die sich mit den Dezernaten I, II und IV befassten. Anhand des täglich erstellten Pressespiegel, in dem die gesamte Regionalpresse ausgewertet wird, kann eingeschätzt werden, dass die verfassten Pressedienste durchschnittlich in zwei bis drei der genannten Tages- bzw. Wochenzeitungen des Landkreises erschienen sind.

1998 fanden monatlich ein bis zwei Pressegespräche statt. Viermal stand der Landrat den Journalisten direkt für Fragen zur Verfügung oder informierte über aktuelle Ereignisse, wie zum Beispiel die endgültigen Wahlergebnisse zu den Bundestags- und Kommunalwahlen im Landkreis. Weitere Themen der Pressegespräche waren zum Beispiel das Kindschaftsrechtsreformgesetz (Jugendamt), die Sicherung und Rekultivierung dörflicher Abfalldeponien (Umweltamt), Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen (Straßenverkehrsamt) und die kommunale Kriminalitätsbekämpfung. Zu Presseterminen wurde durch die Pressestelle 18-mal eingeladen. Die Journalisten erhielten Einladungen zu Ereignissen, wie zum Beispiel Grundsteinlegungen, Richtfesten, Einweihungen von Schulen, eines Fachraumtraktes und einer Sporthalle. Weiterhin wurden insgesamt drei Informationsfahrten mit Abgeordneten und Pressevertretern zu Baumaßnahmen, die im Rahmen der kreislichen Prioritätenliste gefördert wurden, sowie zur Landwirtschaftssituation organisiert.

Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit sind die Mitarbeiterinnen der Pressestelle für die Herausgabe des Amtsblattes für den Landkreis Teltow-Fläming verantwortlich. Bis Mitte November 1998 gab es 48 Ausgaben des Amtsblattes. Das kreisliche Amtsblatt wird derzeit von rund 15 Abonnenten, den Amtsdirektoren und hauptamtlichen Bürgermeistern regelmäßig bezogen und an alle Kreistagsabgeordneten sowie die öffentlichen Bibliotheken des Landkreises Teltow-Fläming verschickt.

Im Amtsblatt für den Landkreis Teltow-Fläming werden neben den Tagesordnungen und Beschlüssen des Kreistages Teltow-Fläming und der beschließenden Ausschüsse zahlreiche amtliche Bekanntmachungen veröffentlicht. Dies waren vor allem Bekanntmachungen der Kreissparkasse, der Kommunalaufsicht und des Amtes zur Regelung offener Vermögensfragen. Weiterhin erfolgt die Veröffentlichung von Satzungen, zum Beispiel vom Südbrandenburgischen Abfallzweckverband und den Wasser- und Abwasserzweckverbänden, die im Landkreis ihren Zuständigkeitsbereich haben. Gedruckt wird das Amtsblatt, dessen Erscheinen oft an sehr kurzfristige Terminstellungen gebunden ist, in der zum Hauptamt gehörenden Hausdruckerei.

Ein Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit war 1998 die Mitwirkung der Pressestelle bei der Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Präsentation des Landkreises Teltow-Fläming auf der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) auf dem Flughafengelände in Berlin-Schönefeld vom 18. bis 24. Mai 1998. Im Mittelpunkt der Präsentation in Halle D-1 stand der Flugplatz Schönhagen. Der Stand wurde während der Öffnungszeiten

von 10 bis 18 Uhr durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft, des Fremdenverkehrsverbandes, des Flugplatzes Schönhagen und der Pressestelle betreut. Zahlreiche Besucher nutzten dies, um sich näher über den Flugplatz Schönhagen und den Landkreis zu informieren.

Anfang November fand in Bonn die 3. Berliner und Brandenburger Immobilienbörse statt. Der Landkreis Teltow-Fläming präsentierte sich in Form einer Ausstellung. Persönliche Gespräche mit Besuchern der Immobilienbörse und die Verteilung einer dazu erstellten Umzugsbroschüre und Einladungskarte für eine Informationsveranstaltung im Landkreis Teltow-Fläming weckten großes Interesse für den Landkreis. Die Hauptverantwortung für die Organisation lag in den Händen der Kreissparkasse Teltow-Fläming. Die Pressestelle leistet organisatorische und personelle Unterstützung.

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit war die Pflege, ständige Aktualisierung und Erweiterung der Internet-Seiten des Landkreises Teltow-Fläming. So konnten unter dem Gesichtspunkt "Wo finde ich was" die Seiten der Ämter der Kreisverwaltung bürgerfreundlich überarbeitet werden. Im Vorfeld der Bundestags- und Kommunalwahlen im September waren auf den Internetseiten unter der Adresse <http://www.teltow-flaeming.de> Informationen zu den Wahlen und die Wahlvorschläge für den Kreistag abrufbar.

Weiterhin gehörte - in enger Zusammenarbeit mit dem Hauptamt und den jeweiligen Fachämtern - die Organisation von größeren Veranstaltungen im Landkreis zu den Aufgaben der Pressestelle. Hier seien zum Beispiel der Neujahrsempfang 1998, der Erste Spatenstich, die Grundsteinlegung, das Richtfest für das neue Kreishaus und der Besuch des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, Dr. Burghard Dreher, genannt.

Durch die Pressestelle erfolgte die redaktionelle Bearbeitung und grafische Gestaltung von Faltblättern zur Brandenburgischen Frauenwoche und zur Seniorenwoche im Landkreis Teltow-Fläming. Des Weiteren wurden Grußworte für die unterschiedlichsten öffentlichen Veranstaltungen im Landkreis und Zuarbeiten für Verlagspublikationen verfasst sowie zahlreiche Bürgeranfragen an die Pressestelle, zum Beispiel zum Kreiswappen, beantwortet.

## Dezernat I

Das **Hauptamt** umfasst die Bereiche Zentrale Verwaltung, Organisation, Automatisierte Datenverarbeitung (ADV) sowie Kreistag, Statistik und Wahlen.

Schwerpunkte der Tätigkeit des *Sachgebietes Zentrale Verwaltung* im Jahre 1998 standen notwendig in Zusammenhang mit dem Kreishausesneubau, da die Anforderungen an das Gebäude sowohl von der Ausstattung her wie von der technischen Seite in erster Linie durch diese Abteilung definiert werden können. So galt es, den Planern und Ausführern Informationen der verschiedensten Art zuzuarbeiten, die nur bei der zentralen Abteilung verfügbar sind. Hierbei waren die Dienste eingebunden in konkret zur Entscheidung anstehenden Fragen wie z.B. Raumaufteilung, Raumausstattung, Planung der technischen Anlagen etc. Daneben war das Baubüro einzurichten und der Umzug des Fremdenverkehrsvereins in das Nachbargebäude des neuen Kreishauses zu organisieren.

Neben der üblichen Sicherstellung des reibungslosen Ablaufs der Verwaltungstätigkeit an den Standorten bzw. Versorgung und Beschaffung mit Arbeitsmaterialien stand im Jahre 1998 die technische Vorbereitung und Abwicklung des ehemaligen Fachkrankenhauses "Prießnitzhaus" in Mahlow zur Übergabe an das Deutsche Rote Kreuz (DRK) an.

Auch der Fuhrpark wurde in diesem Jahr mit dem Ziel der Kostenreduzierung ausgedünnt. So wurden mehrere Altfahrzeuge ausgesondert und gegen Leasingfahrzeuge getauscht. Neubeschafft wurde u. a. ein speziell ausgestatteter Kleinbus für die Geistigbehindertenschule in Luckenwalde sowie ein Kontrollfahrzeug für den Bereich Landwirtschaft.

Im Übrigen wurde der Bauhof mit neuem Gerät ausgestattet, um die Sauberkeit an und auf den Kreisstraßen zu optimieren. Die Mitarbeiter der zentralen Dienste waren darüber hinaus bei der Beräumung einer Jühnsdorfer Liegenschaft zusammen mit den Kollegen des Bauhofs tätig. Des Weiteren wurden die Standorte des Oberstufenzentrums in Jüterbog aufgelöst und der Umzug des OSZ nach Luckenwalde organisiert. Der Standort Weinberge 40 des Friedrich-Gymnasiums Luckenwalde wurde ebenso aufgelöst.

Das *Sachgebiet Organisation* hat im Wesentlichen dafür gesorgt, die Straffung der Strukturen im Interesse einer Kosteneinsparung voranzutreiben.

So gelang es in der Kämmerei, die Stelle eines Sachgebietsleiters durch Zusammenlegung der Sachgebiete Kasse und Buchführung zum neuen Sachgebiet Haushaltsführung einzusparen.

Im Sozialamt wurde eine Sachgebietsleiterstelle im Sachgebiet "Sonstige Soziale Hilfen" eingespart, was durch Zuordnung der verbleibenden Stellen zu anderen Sachgebieten bzw. direkter Unterstellung der Amtsleitung gelang.

Im Gesundheitsamt erfolgte die weitere Umsetzung von Empfehlungen der WIBERA-Untersuchung aus den vorangegangenen Jahren, u. a. die Verbesserung der Beschilderung im Gebäude, die Aufstellung eines Wegweisers an der B 101, der Auflösung der Röntgenabteilung und damit des Standortes "Am Kietz 24" in Zossen, Ausschreibung zur Privatisierung der Schwangerenkonfliktberatung. Daneben wurden zwei Sozialarbeiterstellen abgebaut. Derzeit werden Vorschläge zur Schaffung von Teilzeitstellen sowie flexibleren Arbeitszeiten erarbeitet.

Im Umweltamt wurde entsprechend den Organisationsempfehlungen der WIBERA-Gutachter durch die damit befasste Projektgruppe eine neue Struktur geschaffen. Das Sachgebiet Verwaltung wurde aufgelöst und die Mitarbeiter den verbleibenden Sachgebieten bzw. der Amtsleitung zugeordnet. Die Stellenanzahl des Amtes minimierte sich somit von 62,6 auf 52,6 Stellen. Damit wurde die erste Etappe des Maßnahmeplanes zur Umsetzung der Empfehlungen abgeschlossen. In den nächsten Jahren sollen entsprechend den Empfehlungen kontinuierlich weitere Prüfungen von Aufgabeninhalten erfolgen, um die Zielstellung einer weiteren Stellenreduzierung zu erfüllen.

Im Planungsamt wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1997 intensiv an Strukturveränderungen gearbeitet. Mit der Bestätigung einer entsprechenden Vorlage durch die Beigeordneten konnte eine effektivere Ablauforganisation und Stellenoptimierung erreicht werden. Durch Auflösung eines Sachgebietes minimierte sich die Stellenanzahl des Amtes von 21 Stellen auf 17 Stellen.

Im Wohnungsförderungsamt veränderte sich kraft Gesetzes die Zuständigkeit bei der Ahndung von Zweckentfremdungsverstößen. Anstelle der Landkreise nehmen nunmehr die amtsfreien Gemeinden und Ämter diese Aufgaben wahr; beim Landkreis verbleibt die Widerspruchsbearbeitung und Sonderaufsicht. Eine sich daran anschließende Überprüfung der verbleibenden Aufgaben führte ab November 1998 zur Auflösung des Sachgebiets Wohnungsförderung/Wohnungsaufsicht und der Zuordnung der verbliebenen Aufgaben zur Amtsleitung. Damit reduzierte sich die Stellenanzahl des Amtes von 21 auf 18 Stellen.

Im Straßenverkehrsamt und Hoch- und Tiefbauamt wurde erneut die WIBERA-AG mit der Durchführung externer Organisationsuntersuchungen beauftragt.

Weiterer Schwerpunkt war die Vorbereitung und Durchführung der Wahl zum 2. Kreistag des Landkreises sowie der Bundestagswahl, die durch das Wahlbüro unter großem persönlichen Einsatz der damit befassten Mitarbeiter sowie zahlreicher freiwilliger Helfer erfolgte.

Wie jedes Jahr wird durch das Sachgebiet das Statistische Jahrbuch 1997 vorbereitet. Es bietet dem Betrachter auf fast 100 Seiten wiederum neue tabellarische Darstellungen in den verschiedensten Erfassungsbereichen. Im Bereich des Archivs wurde aufgrund des weiteren Personalabbaus die Außenstelle in Zossen für den ständigen Besucherverkehr geschlossen. Sprechzeiten vor Ort sind nach Absprache auch weiterhin möglich.

Das *Sachgebiet ADV* hat im Jahre 1998 über drei Ausschreibungen 75 Personalcomputer und zehn Laserdrucker beschafft und aufgestellt. In Verbindung mit der Neubeschaffung wurden ca. 40 PC's umverteilt und ca. 30 PC's an die Belegschaft verkauft. Daneben erfolgten diverse neu- bzw. Updateinstallationen von Anwendersoftware. Darunter waren 17 umfassendere Softwareprojekte, von denen hervorzuheben sind die Installation von Juris für ca. 70 Anwender, die Umstellung des Landwirtschaftsprogrammes Profil/DOS auf Profil/UNIX, die Entwicklung eines hauseigenen Archiv-Verwaltungsprogramms, die Dezentralisierung der Haushaltsüberwachungslisten, das Statistische Jahrbuch 1997 sowie ein Programm zur Wahlkreisoptimierung.

Weiterhin wurde ein hauseigenes Intranet als Informations- und Kommunikationsmittel für die Bediensteten der Kreisverwaltung eingerichtet. Im Rahmen fachspezifischer Notwendigkeiten wurden den Ämtern Internetzugänge bereitgestellt und im übrigen alle netzfähigen Personalcomputer mit der neuesten Netscape Browser Version ausgestattet.

Eine Weiterentwicklung erfuhr das Geographische Informationssystem (GIS) der Kreisverwaltung: Circa 1200 Flurkarten des Kreisgebietes wurden gescannt und georeferenziert, so dass die gesamte Kreiskartographie digitalisiert vorliegt und in das GIS-System der Kreisverwaltung eingebunden ist. Auf die GIS-Daten können nunmehr alle vernetzten Verwaltungsmitarbeiter über den Browser zugreifen. Dies konnte durch den Einsatz eines auf Arcview basierenden Internet Map Servers realisiert werden.

Neben der Sicherstellung der informationstechnischen Unterstützung der Verwaltungsarbeit ist im Bereich der Bürokommunikation noch die Verbesserung der Gruppenfunktionen Zentraldokument und zentrale Adressverwaltung hervorzuheben. Geschult wurden im Jahr 98 ca. 250 Mitarbeiter in MS Office 95 und Bürokommunikationsanwendungen.

In der Kreisverwaltung und in sieben weiteren kommunalen Einrichtungen wurden die Wahlen 1998 einschließlich der audiovisuellen Begleitung der Wahlparty technisch abgesichert.

Lange Zeit beschäftigte im Übrigen die Mitarbeiter des Sachgebiets die Behebung der Folgen eines Blitzschadens in der Grabenstraße 23. Durch Austausch mehrerer aktiver Netzwerkkomponenten und ca. 110 PC-Netzwerkkarten konnte die Arbeitsfähigkeit wieder hergestellt werden.

Die Abteilung war eng in die Konzeption und Planung der informationstechnischen Infrastruktur des neuen Kreishauses eingebunden.

Seit der Kreisgebietsreform wurden seitens des **Personalamtes** erhebliche Anstrengungen unternommen, um den daraus resultierenden Personalüberhang kontinuierlich und sozialverträglich abzubauen. Dies belegen folgende Zahlen:

Jahr	Reduzierung um
1994	49 Mitarbeiter
1995	103 Mitarbeiter
1996	67 Mitarbeiter
1997	21 Mitarbeiter
1998	41 Mitarbeiter (Stand 31.10.1998)
<b>1994 bis 1998</b>	<b>insgesamt 281 Mitarbeiter</b>

Die betreffenden Stellen konnten größtenteils ersatzlos wegfallen. Dies wirkte sich im Personalbestand nur wenig aus, da demgegenüber Personalübernahmen auf der Grundlage der Funktionalreform erforderlich waren bzw. in geringem Umfang erforderliches Fachpersonal, wie z. B. Bauingenieure, eingestellt werden musste.

So wurden übernommen bzw. eingestellt:

Jahr	extern	Azubi nach Ausbildung	aus Funktionalreform
1994	9	6	-
1995	13	-	57
1996	5	4	-
1997	7	5	-
1998	6	5	-

**In den Jahren 1994 bis 1998 wurden insgesamt 117 Mitarbeiter übernommen bzw. eingestellt.**

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt muss eingeschätzt werden, dass ein weiterer Abbau zwingend erforderlich ist. Dies resultiert insbesondere aus der Auflösung bzw. Zusammenlegung von Außenstellen, dem Wegfall von Arbeitsaufgaben (Amt zur Regelung offener Vermögensfragen) und Strukturveränderungen bedingt durch gesetzliche Neuregelungen.

Trotz der genannten Problematik haben wir im Hinblick auf die Sicherung eines ausreichenden und qualifizierten Angebotes an Ausbildungsplätzen auch in diesem Jahr Ausbildungsplätze über den eigenen Bedarf hinaus angeboten. So wurden fünf Jugendliche für den Ausbildungsberuf Verwaltungsfachangestellte/-r und vier Jugendliche für den Ausbildungsberuf Vermessungstechniker/-in zur Ausbildung eingestellt.

Im Jahr 1998 konnten vier Auszubildende ihre Ausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellten erfolgreich beenden und wurden für 18 Monate in ein befristetes Arbeitsverhältnis übernommen.

Auch der Qualifizierung der Mitarbeiter wird nach wie vor ein besonderes Interesse entgegengebracht. Zur Zeit befinden sich 30 Teilnehmer in der ca. 2,5-jährigen Fortbildung zum Verwaltungsfachwirt. Bezüglich dieser Fortbildung besteht noch ein erhebliches Erfordernis. Wogegen eingeschätzt werden kann, dass die AI-Fortbildung im Wesentlichen als abgeschlossen betrachtet werden kann.

Das **Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt** prüft nach Maßgabe der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landkreises, der kreisangehörigen Ämter und Gemeinden sowie deren Zweckverbände. Mit seiner jeweils nachgängigen Prüfung ermittelt es den jeweiligen Stand und die Erfolge in der Durchführung der beschlossenen Haushaltspläne.

Das *Sachgebiet Rechnungsprüfung* führte im Landkreis die Prüfungen in 17 Fachämtern, einer Einrichtung und im Rahmen von drei Beteiligungen durch.

Die Schwerpunkte lagen entsprechend der durch die Gemeindeordnung abgegrenzten Aufgaben in der Prüfung der Jahresrechnung 1998, der laufenden Kassengeschäfte sowie der Inanspruchnahme von Fördermitteln des Bundes und des Landes. Gleichzeitig wurden die Arbeitsweisen und die Arbeitsergebnisse der Fachämter unter dem Blickwinkel eines sparsamen und wirtschaftlichen Umgangs mit Haushaltsmitteln beurteilt.

Die öffentlichen Aufträge machen einen wesentlichen Teil des gesamten Auftragsvolumens des industriell-gewerblichen Berei-

ches aus. Ihre Bedeutung stellt, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen, eine Schlüsselrolle für die Stabilisierung und Stärkung der Wirtschaftslage dar. Deshalb fand die Wahrung der Ausschreibungspflicht und die konsequente Einhaltung der Festlegungen der Verdingungsordnungen beim Einsatz der kreislichen Mittel für öffentliche Investitionen ebenfalls besondere Beachtung.

Im Jahr 1998 wurden 43 Vergabevorschläge für Lieferungen und Leistungen sowie Ingenieurleistungen mit einem finanziellen Volumen von 12,6 Mio DM vor Zuschlagsvergabe einer formstrengen Kontrolle unterworfen. Das Auftreten wettbewerbsbeschränkender Entscheidungen konnte so von vornherein ausgeschlossen werden.

Das *Sachgebiet Gemeindeprüfung* nahm im Abrechnungsjahr 1998 die fälligen Jahresrechnungsprüfungen in 93 Gemeinden, neun Amtsverwaltungen und vier Zweckverbänden vor. Erstmals kann davon ausgegangen werden, dass alle Gemeindevertretungen, Amtsausschüsse und Verbandsversammlungen rechtzeitig über die geprüften Jahresrechnungen beschließen und über die Entlastungen für die hauptamtlichen Bürgermeister, Amtsdirektoren bzw. Verbandsvorsteher entscheiden können.

Die Kernpunkte der überörtlichen Prüfung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden lagen themenbezogen in den Aufgabenbereichen der ordnungsgemäßen und sicheren Verwaltung gemeindeeigener Liegenschaften und der haushaltsmäßigen Behandlung von Geschäftsvorgängen in Bezug auf die Sanierung und Rekultivierung geschlossener Deponien.

Dem Sachgebiet Gemeindeprüfung ist die Nachprüfungsstelle für Auftragsvergaben (Volumen unterhalb der EU-Schwellenwerte) zugeordnet. Sie überwacht die Einhaltung der Vergabevorschriften durch die Gemeinden. An diese Stelle können sich Bewerber und Bieter an Ausschreibungen der kreisangehörigen Gemeinden, Ämter und Zweckverbände mit der Behauptung wenden, dass sie Verstöße gegen die Vergabebestimmungen erkannt haben.

Solche Behauptungen gingen im Jahr 1998 in zwölf Fällen ein. Von diesen speziell geprüften Vorgängen mussten bei einem Ausschreibungsverfahren ermittelte Formfehler beseitigt werden.

Die Arbeit des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamtes erschöpfte sich nicht nur in Kritiken am vorangegangenen fehlerhaften Finanzgebahren, sondern orientierte vorbeugend auf notwendige Veränderungen, wie zum Beispiel hinsichtlich richtiger Rechtsanwendungen, den haushaltsbezogenen Organisationsabläufen, den Abrechnungen sowie den Nachweisen über finanzielle Vorgänge, einer verbesserten Effektivität beim Einsatz der verfügbaren Mittel und der Durchsetzung eines jeweils wirksamen Kontrollsystems.

Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 1997 wurde termingerecht durch die **Kämmerei** festgestellt. Es wurde ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht. Dazu erfolgte eine Entnahme aus der Rücklage über 14.843,8 TDM.

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1998 wurde in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen aufgestellt und bestätigt. Das Gesamtvolumen des Verwaltungshaushalts beträgt 1998 236.054.000 DM und des Vermögenshaushalts 61.274.000 DM.

Für nachfolgend genannte Baumaßnahmen wurden z. B. folgende Investitionen getätigt:

Gymnasium Ludwigsfelde	ca. 2.000.000 DM
Gymnasium Luckenwalde	ca. 4.700.000 DM
Oberstufenzentrum Ludwigsfelde	ca. 9.200.000 DM
Geistigbehinderten Schule Jüterbog	ca. 7.000.000 DM
Um-und Ausbau von Kreisstraßen und Brücken	ca. 8.300.000 DM

Ein wichtiges Deckungsmittel des Vermögenshaushaltes sind die Zuweisungen des Landes Brandenburg an die Gemeinden und den Landkreis im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Die Gemeinden und der Landkreis tragen die Kosten ihrer eigenen und der ihnen übertragenen Aufgaben, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist. So stellt das Land Brandenburg dem Landkreis seit 1995 Mittel zur Förderung investiver Maßnahmen (§ 17 GFG) sowie einen Anteil an den Mitteln nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost als Investpauschale (§ 20 GFG) zur Verfügung.

Für das Haushaltsjahr 1998 erhielt der Landkreis für den § 17 GFG jeweils 85,16 DM je Einwohner, in Zahlen 12.794.523 DM. Der Landkreis verpflichtet sich, den kreisangehörigen Gemeinden mindestens 30 v.H. für investive Maßnahmen bereitzustellen, in Zahlen 3.838.357 DM.

Außerdem erhielt der Landkreis für den § 20 GFG jeweils 111,51 DM je Einwohner, in Zahlen 16.753.373 DM, wobei der Landkreis mindestens 75 v.H. des Betrages an die kreisangehörigen Gemeinden weiterzuleiten hat, in Zahlen 12.565.030 DM.

Davon wurden bis 28.10.1998 ca. 5.000.000 DM verausgabt. Diese Mittel wurden für Maßnahmen zur Förderung des Städtebaus, insbesondere Stadt- und Dorferneuerung, Modernisierung und Instandsetzung ausgegeben.

Zu Beginn des Haushaltsjahres 1998 existierten nur noch drei Kredite mit einem Schuldenstand von 4.781.000 DM. Davon konnte

am 30.06.1998 ein Kredit mit 1.772.426,00 DM durch Kreistagsbeschluss vorzeitig abgelöst werden.

Ab Januar 1998 konnte die Dezentralisierung der Haushaltsüberwachung erfolgen. Somit können die Ämter ihre finanziellen Mittel, welche im Haushaltsplan veranschlagt sind, eigenständig bewirtschaften. Ein sparsameres und wirtschaftlicheres Denken und Handeln der Ämter wird dadurch gefördert.

Die Vollstreckung beinhaltet ein wichtiges Aufgabengebiet innerhalb der Kämmerei. Von 1991 bis 31.07.1998 wurden 22.820 Anträge auf Vollstreckung registriert. Davon ist es der Vollstreckung gelungen, bis 31.07.1998 14.124 Fälle zu erledigen. Der Wertumfang betrug an Vollstreckungsaufträgen 8.349.633 DM und der Betrag der erledigten Fälle beläuft sich auf 5.099.393 DM.

Im gesamten Haushaltjahr 1999 war die Kreiskasse liquide und brauchte nicht die in der Haushaltssatzung beschlossenen Mittel für Kassenkredite in Anspruch nehmen.

Die Aufgaben des **Rechtsamtes** verteilen sich auf sechs Aufgabenschwerpunkte.

- Prozesstätigkeit für den Landkreis

Die bereits in den letzten Jahresberichten erkennbare Tendenz der stetigen Steigerung der Verfahren vor dem Verwaltungsgericht hat sich weiterhin verfestigt. Wiederum ist ein Anstieg von 25 % zu verzeichnen. Dabei überwiegen Fälle aus dem Ausländerrecht (z. B. Ausweisung, Aufenthaltserlaubnis) und des Straßenverkehrsrechtes ( vor allem Entziehung des Führerscheins wegen Trunkenheit am Steuer).

Die erhebliche Erhöhung der Prozesszahlen im Arbeitsrecht gründet sich auf die vermehrte Geltendmachung von Zahlung nach 100 % BAT-W durch Angestellte des Landkreises. Der bereits im Vorjahr erstrittene Sieg vor dem Arbeitsgericht Potsdam ist im Berichtszeitraum auch vor dem Landesarbeitsgericht gehalten worden (eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes steht noch aus).

	1995	1996	1997	1998 Stand: 30.09.1998	hochgerechnet
Verwaltungsgericht	59	84	103	97	129
Arbeitsgericht	5	20	8	84	84
Zivilgericht	9	4	5	6	8
Sozialgericht	5	4	1	5	7

gesamt:	78	112	117	192	228
---------	----	-----	-----	-----	-----

- Investitionsvorrangverfahren/Grundbuchbeschleunigung

Anträge nach dem Investitionsvorranggesetz bzw. die zu bearbeitenden Widerspruchsverfahren hinsichtlich von Entscheidungen der Städte und Ämter des Landkreises haben nachgelassen. Die Anzahl der Verfahren hinsichtlich der Bescheinigungen zur beschleunigten Eintragung im Grundbuch blieb mit leicht steigender Tendenz konstant.

- Beratungstätigkeit für die Dezernate der Kreisverwaltung

Die Zahl der Beratungsverfahren liegt insgesamt auf dem Niveau von 1997, Verschiebungen ergaben sich lediglich zwischen den Dezernaten.

	1995	1996	1997	1998 Stand: 30.09.1998	hochgerechnet
Landrat Dezernat I	102	136	95	60	80
Dezernat II	27	41	31	24	32
Dezernat III	94	56	55	49	65
Dezernat IV	9	33	12	11	14
gesamt	232	266	193	144	191

- Bearbeitung von Dienstaufsichtsbeschwerden

	1995	1996	1997	1998 Stand: 30.09.1998	hochgerechnet
	54	50	53	24	32

Bei den Dienstaufsichtsbeschwerden ist eine erfreuliche Entwicklung festzuhalten, da deren Anzahl beträchtlich gesunken ist. Dies mag einerseits darauf zurückzuführen sein, dass die Beschwerdeführer vermehrt von den gesetzlich garantierten formellen Rechtsmitteln Gebrauch machen, andererseits ist aber auch erkennbar, dass in vormaligen problembehafteten Arbeitsbereichen durch entsprechende Maßnahmen der Amts- bzw. Verwaltungsleitung die Beschwerdehäufigkeit stark nachgelassen hat.

- Versicherungsangelegenheiten

Im Bereich der von Dritten behaupteten Amtspflichtverletzungen sind die Forderungsanmeldungen annähernd gleich geblieben. Die Anspruchsteller haben im Gegensatz zum Vorjahr ihre Forderungen

dem Landkreis gegenüber häufig nicht beziffert. Die Regelungsgehalte der monierten Amtshandlungen lassen jedoch die Schlussfolgerung zu, dass das Gesamtvolumen möglicher Ersatzansprüche, die über den Kommunalen Schadenausgleich (KSA) abgewickelt werden, niedriger liegen dürfte.

Hauptposten bei den Sachschäden waren in diesem Jahr der Elektronikscha-den durch Blitzeinschlag und die Einbruchsserie im Gymnasium Jüterbog. Dies hat in der Sparte Sachversicherung/Einbruch zu einer Verdoppelung der Schadenhöhe geführt.

Neben der vertragsrechtlichen Abwicklung der Versicherungsverhältnisse und der Bearbeitung von Schadenfällen zur Vorbereitung für den Kommunalen Schadenausgleich, sind erstmalig im Berichtszeitraum Entscheidungen über Aufwendungsersatzforderungen von Beamten, Angestellten und Arbeitern im eigenen Hause getroffen worden.

- Sachgebiet Kommunalaufsicht

Durch freiwillige Gemeindegemeinschaften hat sich die Anzahl der Ämter und amtsangehörigen Gemeinden von insgesamt 119 Körperschaften (3 amtsfreie Städte und Gemeinden, 11 Ämter, 116 amtsangehörige Gemeinden) per 31.12.97 auf 5 amtsfreie Städte und Gemeinden, 9 Ämter und 63 amtsangehörige Gemeinden reduziert. Während des Jahres 1998 schlossen sich nochmals einige Körperschaften zusammen, so dass gegenwärtig insgesamt 5 amtsfreie Städte und Gemeinden, 9 Ämter und 59 amtsangehörige Gemeinden bestehen.

Die Gemeindegemeinschaften hatten auch Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Verbandsversammlungen der bestehenden Wasser- und Abwasserzweckverbände. Das Sachgebiet Kommunalaufsicht hat diese Gemeindegemeinschaften beratend begleitet und deren Genehmigungsfähigkeit geprüft. In der Folgezeit bestand und besteht ein erhöhter Beratungsbedarf in kommunalrechtlichen Angelegenheiten.

Einen wesentlichen Teil der Tätigkeit des Sachgebietes nahmen die Prüfungen der Wasser- und Abwasserzweckverbände hinsichtlich ihres Zustandekommens nach dem Stabilisierungsgesetz in Anspruch. Nach dem Gesetzeswortlaut sind sämtliche Verbandsatzungen bezüglich ihrer formellen und materiellen Rechtmäßigkeit zu überprüfen. Dies umfasst das rechtmäßige Zustandekommen des Verbandes und seiner Satzung einschließlich aller nachfolgenden Änderungssatzungen.

Große Probleme bereitet die finanzielle und rechtliche Stabilisierung des in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen Zweckverbandes KMS. Die durch den Verband von seinen Mitglieds-gemeinden zu erhebenden Umlagebeträge zur Deckung seiner eingegangenen Verpflichtungen führen verstärkt dazu, dass die Gemeindehaushalte nicht mehr ausgeglichen werden können. Dies be-

reitet den Gemeinden erhebliche Probleme für ihre weitere Entwicklung. Daraus resultierend waren durch das Sachgebiet Kommunalaufsicht die von den Gemeinden vorgelegten Haushaltssicherungskonzepte zusätzlich zu prüfen. Weiterhin bedurften gemeindliche Anträge auf Bewilligung von Bedarfszuweisungen aus dem Haushaltssicherungsfonds eines erheblichen Prüfungsaufwandes hinsichtlich ihrer Genehmigungsfähigkeit.

Außerdem erforderte die Absicht verschiedener Körperschaften, privatrechtlich tätig zu werden und Gesellschaften zu gründen eine beratende Betreuung und die Prüfung der Genehmigungsfähigkeit der Vorhaben. Darüber hinaus sind Haushaltssatzungen, Wirtschaftspläne, Fördermittelanträge, Grundstücksangelegenheiten, diverse örtliche Satzungen, Bürgschaften und Gewährverträge zu bearbeiten.

## **Dezernat II**

Im **Amt zur Regelung offener Vermögensfragen (ARoV)** waren zum 30. September 1998 insgesamt 44 Mitarbeiter tätig. Damit sind im Amt seit dem 30. September 1997 insgesamt neun Stellen entsprechend der vom Finanzministerium vorgegebenen Personalreduzierung abgebaut worden. Die Personalreduzierung im ARoV erfolgte bis auf eine Mitarbeiterin durch Umsetzungen innerhalb der Kreisverwaltung.

Im ARoV sind darüber hinaus sieben Mitarbeiter im Bereich des Grundstücksverkehrs und eine Mitarbeiterin im Bereich der Vertreterbestellung tätig. Durch Unterstützungsmaßnahmen des Bundes sind derzeit vier Rechtsanwälte beschäftigt.

1.	Anzahl der vermögensrechtlichen Anträge incl. Anträge auf Einräumung von Vorkaufsrechten	
	Anträge	16.503
	Ansprüche	35.438
	beschiedene und zurückgenommene Ansprüche	28.888
	Erledigung	81,52 %
2.	Anzahl der Vermögenswerte (i.d.R. Flurstücke), zu denen Auskunftersuchen (Anträge auf Negativattest) vorliegen	
	Anfragen	89.312 (+ 8.530 Eingänge seit 30.09.1997)
	Auskünfte	82.564 (+ 10.638 Auskünfte seit 30.09.1997)
	Erledigung	92,44 %
	Differenz Anfragen/Erledigung	6.749
	Durch Setzen von Schwerpunkten bei der Abarbeitung gelang es, eine durchschnittlich höhere Erledigungszahl zu erreichen, als Neueingänge zu verzeichnen waren. Dadurch konnte der Bestand an noch nicht bearbeiteten Auskunftersuchen von 8.857 per 30.09.1997 auf 6.749 per 30.09.1998 abgebaut werden.	
3.	Widersprüche	2.147 (+ 615 seit 30.09.1997)
4.	anhängige Verwaltungsgerichtsverfahren	317 (+ 91 seit 30.09.1997)
5.	Stelle für Grundstücksverkehr	
	EDV-erfasste Anträge	21.156
	davon Erledigungen	17.231
	Erledigung	81,45 % (52 % am 30.10.1997)
	Die Intensivierung der Arbeitsabläufe infolge der Verlegung der Stelle für Grundstücksverkehr (GVO) in das Gebäude des ARoV sowie die Anpassung einer Standardsoftware an spezielle Belange des GVO-Bereiches ermöglichten eine spürbare Steigerung der Erledigungsrate.	

Die Aufgaben des **Ordnungsamtes** sollen anhand der einzelnen Sachgebiete dargestellt werden.

### Sachgebiet 32.1

#### *Allgemeine Sicherheit und Ordnung*

##### *Fachaufsicht über die örtlichen Ordnungsbehörden, Aufgaben als Kreisordnungsbehörde*

Schwerpunkt der Arbeit ist hier die Anleitung der örtlichen Ordnungsbehörden in Abstimmung mit anderen Fachämtern des Hauses. Es fanden wie jedes Jahr turnusmäßig Beratungen mit den Ordnungsamtsleitern, mit den Mitarbeitern der örtlichen Ordnungsbehörden für das Meldewesen und dem Gewerbebereich statt.

1998 wurden bisher insgesamt 55 Ausnahmegenehmigungen nach dem Sonn- und Feiertagsgesetz des Landes Brandenburg erteilt, wobei hier seit Oktober 1998 durch Veränderung dieses Gesetzes teilweise unsere Zuständigkeit an andere Behörden übergegangen ist. Sechs Genehmigungen zur Durchführung von Lotterien wurden erteilt. Zwangsgeldverfahren zur Durchsetzung der Schulpflicht nach dem Schulgesetz des Landes Brandenburg wurden bisher siebenmal durchgeführt.

Des Weiteren wurden insgesamt 207 Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange abgegeben, davon 190 nach dem BauGB, 13 nach dem BImSchG und 4 nach dem BergG.

#### *Untere Jagd- und Fischereibehörde*

Im Landkreis Teltow-Fläming gibt es aktuell 820 Jagdscheininhaber, davon 10 Ausländer mit Tagesjagdscheinen. Insgesamt gibt es im Kreisgebiet 202 Jagdbezirke, davon 167 gemeinschaftliche Jagdbezirke, 23 Eigenjagdbezirke, 10 Verwaltungsjagdbezirke und 2 Bundesforstjagdbezirke. Es gibt drei Hegegemeinschaften für Rotwild, eine Hegegemeinschaft für Damwild. Es wurden bisher 21 Hegeschauen als Pflichttrophäenschauen anerkannt.

1998 wurde erstmals seit der Gründung des Landkreises Teltow-Fläming eine Kreishegeschau erfolgreich gemeinsam mit dem Kreisjagdverband durchgeführt. Sie befasste sich insbesondere mit den Fragen der Bewirtschaftung des Schwarzwildes.

1998 absolvierten von 27 Teilnehmern der jährlich durchzuführenden Jägerprüfung 22 diese mit Erfolg. Die Arbeit mit den Jagdvorständen der Jagdgenossenschaften wurde kontinuierlich weiter geführt.

1998 wurden bisher 306 Fischereischeine A und 915 Jugendfischereischeine an Angler ausgegeben. 19 Fischereischeine B wurden

für Berufsfischer ausgestellt. Derzeit gibt es 43 ehrenamtliche Fischereiaufseher. Im I. Halbjahr 1998 wurden auch durch die engagierte Mitarbeit dieser Fischereiaufseher 45 Bußgeldverfahren wegen des Verstoßes gegen das Fischereigesetz eingeleitet. 1998 wurden drei Anglerprüfungen mit insgesamt 187 Prüflingen durchgeführt, wovon lediglich 18 Anwärter die Prüfung nicht bestanden haben.

#### *Versicherungsbehörde*

Durch die zwei Mitarbeiterinnen wurden im Jahr 1998 bisher 1290 Anträge auf Altersrente, BU/EU-Renten, Hinterbliebenenrenten entgegengenommen sowie andere Anträge, beispielsweise auf Versorgungsausgleich, Neuberechnungen von Renten sowie auf Rehabilitationsmaßnahmen.

#### *Kriegsgräberwesen*

1998 werden den Ämtern, Städten und Gemeinden unseres Kreises als Instandsetzungs- und Pflegepauschale für die Kriegsgräber 261.432,51 DM aus Mitteln des Bundes zur Verfügung gestellt werden. Einige Anlagen konnten mit Landesmitteln neu gestaltet werden, wie beispielsweise in Jänickendorf, Hennickendorf, Woltersdorf, Lindenbrück, Rehagen, Schlenzer, Werbig/Borgisdorf. Die sowjetische Ehrenanlage in Dahme wird derzeit rekonstruiert. Angemerkt sei, dass wie schon in den vergangenen Jahren die Aufarbeitung der Problematik der Friedhöfe STALAG in Luckenwalde und des Friedhofes Zehrendorf verstärkt weiterbetrieben wurde. In diesem Jahr fand die zentrale Veranstaltung des Volksbundes für Kriegsgräberfürsorge im Land Brandenburg auf dem "Waldfriedhof" in Luckenwalde statt.

#### *Unabkömmlichstellungs-Angelegenheiten*

1998 wurden bisher insgesamt 46 Gesuche von Betrieben der gewerblichen Wirtschaft auf Unabkömmlichstellung von Mitarbeitern gemäß § 13 Wehrpflichtgesetz bzw. § 16 Zivildienstgesetz gestellt. Durch die qualifizierte Bearbeitung und ein gutes Zusammenwirken mit den Wehrrersatzbehörden in Potsdam, Berlin und Cottbus sowie mit der IHK und der Handwerkskammer konnte erreicht werden, dass alle gemäß der UK-VO von uns eingebrachten Vorschläge positiv entschieden wurden.

#### *Gewerbeangelegenheiten*

Im Bereich der Gewerbeangelegenheiten lag der Schwerpunkt der Aufgabenerfüllung in der Ausübung der Fachaufsicht gegenüber den örtlichen Ordnungsbehörden, wobei hier insbesondere die Anwendung der seit diesem Jahr geltenden umfangreichen Gesetzesänderungen eine Rolle spielte. 13 Anzeigen zur unerlaubten Handwerksausübung wurden bearbeitet sowie sechs Verfahren aus

dem Vorjahr abgeschlossen. Die zunehmende Einbindung von Subunternehmen durch Generalhauptauftragnehmer erschwert hier den Nachweis der unerlaubten Handwerksausübung.

Im Schornsteinfegerwesen sind in diesem Jahr bisher 168 Verfahren zur Gebührenbeitreibung zu verzeichnen. Bei 73 wurde bereits der Leistungsbescheid erlassen, 43 befinden sich in der Vollstreckung.

17 Kehrverweigerungen wurden angezeigt, wobei drei Widerspruchsverfahren anhängig sind.

## Sachgebiet 32.2

### *Ausländer- und Personenstandswesen*

Per 30.06.1998 waren im Landkreis Teltow-Fläming 2249 Ausländer gemeldet; davon waren 374 Asylbewerber. Die Zahl der Ausländer ist wiederum leicht gestiegen.

Bis zum genannten Datum wurden ca. 50 Personen ab- bzw. zurückgeschoben. 26 Personen davon wurden wegen illegaler Einreise nach Tschechien zurückgeschoben. Abschiebungen erfolgten in der Mehrheit wegen illegaler Erwerbstätigkeit im Bundesgebiet. Nach wie vor ist die Mehrzahl der abgeschobenen Personen aus Osteuropa.

Im Bereich Asylwesen scheiterten im I. Halbjahr 1998 mehr als zehn Abschiebungen nach Vietnam, weil die abzuschiebenden Personen zwischenzeitlich untertauchten. Durch andere Ausländerbehörden wurden von den bisher durch unseren Landkreis zur Forderung ausgeschriebenen Personen in diesem Jahr bisher vier Personen in Amtshilfe abgeschoben.

Die Schließung des Asylheimes in Jüterbog, Fuchsberge 38, bedingte die Neubelegung des ehemaligen Asylheimes in Luckenwalde, Elstal 1b. Die in unserem Landkreis derzeit vorhandenen Aufnahmekapazitäten der Asylheime sind erschöpft, reichen aber nicht aus, um die für unseren Landkreis bestimmte Aufnahmequote zu erfüllen. Es müssen unbedingt neue Kapazitäten geschaffen werden.

Im Bereich Staatsangehörigkeit wurden im 1. Halbjahr diesen Jahres 192 Anträge auf Einbürgerung abgegeben. Die große Mehrheit (184) davon waren Anträge gemäß § 6 StARegG. Fünf Anträge auf Ausstellung eines Staatsangehörigkeitsausweises wurden im genannten Zeitraum gestellt und mehr als 200 Personen eingebürgert. Die Mehrheit davon wiederum gemäß § 6 StARegG.

## Sachgebiet 32.3

### *Zivil-, Feuerschutz und Rettungsdienst*

#### Brandschutz

Die Feuerwehren des Landkreises wurden in den ersten acht Monaten dieses Jahres zu 449 Bränden gerufen. Im gleichen Zeitraum wurde bei 602 Ereignissen technische Hilfe geleistet. Die Anzahl der Waldbrände ist im Jahre 1998 deutlich niedriger ausgefallen.

Im April fand in Rangsdorf der traditionelle Pokallauf der Feuerwehren des Landkreises statt. Durch den Landkreis wurde auch in diesem Jahr das Jugendlager des Feuerwehrverbandes, an dem 182 Kinder und Jugendliche teilnahmen, finanziell und organisatorisch unterstützt.

Im Rahmen der kreislichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Brandschutzes finden 1998 18 Lehrgänge statt.

#### Katastrophenschutz

Die Ausbildung des Katastrophenschutzstabes und der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes wurde planmäßig fortgeführt.

#### Rettungsdienst

Durch den Rettungsdienst des Landkreises wurden bis zum 30.09. dieses Jahres 7640 Rettungseinsätze und 2640 qualifizierte Krankentransporte durchgeführt.

#### Leitstelle

In der Leitstelle wurde das neue Einsatzleitsystem für den Rettungsdienst in den Echtbetrieb übernommen.

Auch im Jahr 1998 kann im ***Straßenverkehrsamt*** festgestellt werden, dass sich weiterhin eine überdurchschnittliche Steigerung des Fahrzeugbestandes im Landkreis Teltow-Fläming abzeichnet. Im Vergleich zum 31.12.1997 ist der Fahrzeugbestand um 3556 Fahrzeuge auf 113.870 per 30.09.1998 gestiegen, d. h. eine Zunahme von durchschnittlich 395 Fahrzeugen/Monat. Bis zum 30.09.1998 wurden 30 Oldtimer-Kennzeichen sowie 1.236 Saisonkennzeichen zugeteilt.

Seit dem 01.04.1998 sind die Altautoverordnung und die damit verbundenen Änderungen der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung in Kraft getreten. Hiernach ist bei einer endgültigen Stilllegung eines PKW entweder ein Verwertungsnachweis eines anerkannten Betriebes oder eine Verbleibserklärung abzugeben. Dieser/diese sind dann dem Umweltamt zuzuleiten. Über diese Aufgabe hinaus entsteht derzeit ein zusätzlicher Aufwand dadurch, dass für Fahrzeuge, die seit April 1998 in eine endgültige Stilllegung übergegangen sind, der Nachweis bzw. die Erklärung des Halters abgefordert werden muss, da zum Zeitpunkt der Stilllegung (ab April 1997) die veränderte Gesetzeslage noch nicht bekannt war.

Bis zum 30.09.1998 wurden von 3000 betroffenen Haltern ca. 1000 angeschrieben, weitere 1500 Maßnahmen sind bis zum 31.12.1998 noch erforderlich. Dieser Aufgabe kann aufgrund des erheblichen Aufwandes nur sehr schleppend nachgekommen werden.

Ein großes Problem im Sachgebiet bleibt nach wie vor die Führung des Archivs. Ca. 10 000 Akten müssen noch bearbeitet, eine weitere erhebliche Zahl muss noch im Archiv abgelegt werden. Auf Grund der Personalsituation und der vorrangigen Absicherung des Publikumsverkehrs werden diese Arbeiten immer wieder zurückgestellt.

Seit In-Kraft-Treten der Landesschiffahrts-Verordnung wurden 1997 sechs Kennzeichen und bis zum 30.12.1998 bereits 18 Kennzeichen vergeben.

Aufgrund der auch in unserem Landkreis aufgetauchten Fälschungen von Fahrzeugpapieren wurden im September 1998 die mit besonderen Sicherheitsmerkmalen ausgestatteten Klebesiegel eingeführt. Im Land Brandenburg hat damit das Straßenverkehrsamt Teltow-Fläming die Vorreiterrolle übernommen.

Im Bereich des Fahrerlaubnis-/Fahrschulwesens ist der Umtausch von Fahrerlaubnissen rückläufig, da ab 01.01.1999 die neue Fahrerlaubnisverordnung in Kraft tritt, d. h. der Umtausch in den EU-Kartenführerschein möglich wird. Dagegen ist die Anzahl der in Bearbeitung befindlichen Anträge zunehmend, da auf Grund der ab 01.01.1999 gültigen Einteilung der Fahrerlaubnisklassen durch einen Erwerb vor dem 01.01.1999 z. T. Besitzstand für das Führen größerer Fahrzeuge möglich ist. Die Maßnahmen bei Mehrfachtätern sind 1998 gegenüber 1997 gestiegen.

Die Zahl der Fahrschulen im Landkreis hat sich 1998 auf 43 reduziert. Es wurden 18 Überprüfungen und 8 Kontrollfahrten durchgeführt, bei denen es jedoch keine Beanstandungen gab. Die Anzahl der Taxi- und Mietwagenunternehmen ist 1998 wieder um drei gestiegen, hiervon sind je ein Unternehmen in Ludwigsfelde, Groß Kienitz und Seehausen hinzugekommen. Es wurden 28 Betriebsprüfungen und 41 Kontrollen an den Taxiständen durchgeführt.

Nach In-Kraft-Treten des neuen Güterkraftverkehrsgesetzes ab 01.07.1998 sowie der landesgesetzlichen Regelung hierzu ist das Straßenverkehrsamt nur noch zuständig für den Umtausch bisheriger Güternahverkehrs- und Umzugserlaubnisse sowie erteilter Bescheinigungen über den Berufszugang in eine neue Erlaubnisurkunde. Standortbescheinigungen werden nicht mehr erteilt. Erlaubnisbehörde für Genehmigungen ist ab 01.07.1998 das brandenburgische Landesamt für Verkehr und Straßenbau. Aus diesem Grund weist die Statistik den Stand 30.06.1998 aus.

Das Straßenverkehrsamt hat auch im Jahr 1998 die Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit an 13 Messstellen stationär sowie an 25 Messstellen mobil überwacht. Seit Übertragung der Zuständigkeit an die Stadt Ludwigsfelde nimmt diese die Aufgaben für ihr Territorium selbst wahr. Die Überwachung erfolgt an Unfallschwerpunkten und in schutzbedürftigen Bereichen. Die Standorte hierfür werden in der kreislichen Unfallkommission festgelegt. Für die mobile Überwachung wurden 83 Standorte festgelegt, an denen die Einsatzhäufigkeit bestätigt wurde. Bis zum heutigen Tag können jedoch nur 25 Standorte überwacht werden, da das neue ADV-Programm Ikol-OWI trotz großer Anstrengungen bisher noch nicht in Betrieb gehen konnte.

Bis September 1998 mussten im Bereich der stationären Überwachung 1.356 Bußgeldverfahren und 10.899 Verwarngeldverfahren eingeleitet werden. Die häufigsten Fälle der Geschwindigkeitsüberschreitungen wurden am Standort in Dabendorf (von Zossen in Richtung Groß Machnow) begangen. Die geringste Anzahl von Verkehrsverstößen durch Geschwindigkeitsüberschreitungen wurde am Standort B 101, Luckenwalde (Kolzenburger Kurve in Richtung Luckenwalde) festgestellt.

Bei der mobilen Überwachung mussten 519 Bußgeld- und 4.185 Verwarngeldverfahren eingeleitet werden. Die Geschwindigkeitsüberschreitungen wurden überwiegend am Standort für die Schulwegsicherung in Mahlow, auf der L 76 (analog September 1997), begangen.

Insgesamt hat sich auch bis zum Monat September 1998 die Tendenz zur Überschreitung der *Geschwindigkeit vorwiegend innerorts und im Verwarnungsbereich* fortgesetzt.

Von 2.101.709 Fahrzeugen, die die Messstellen passierten, überschritten 17.874 die zugelassene Geschwindigkeit (0,85%). 72,2 % aller Verfahren wegen Geschwindigkeitsüberschreitungen wurden an stationären Anlagen eingeleitet. Bis September 1998 wurden 278 Fahrverbote ausgesprochen und 92 Einsprüche bearbeitet. Im Monat September des Vorjahres waren es 332 Fahrverbote und 132 Einsprüche. 104 Fälle mussten zur gerichtlichen Entscheidung abgegeben werden. Im Vorjahr waren es nur 96 Fälle.

Aus der Statistik ist ersichtlich, dass im Vergleichszeitraum 619 Fälle weniger abgearbeitet wurden als im Vorjahr. Das ist darauf zurückzuführen, dass 1998 an 35 Tagen die Kamera auf

Grund von Schadensfällen nicht einsetzbar war (1997 an 5 Tagen).

Bei der Ahndung allgemeiner Verkehrsordnungswidrigkeiten mussten 42 Bußgeldverfahren (davon 55 % Verstöße gegen Bauleiter) eingeleitet werden. Im gesamten letzten Jahr 1997 waren es lediglich 22 Anzeigen im Bußgeldbereich. Im Verwarnungsbereich wurden per 30.09.1998 16 Verfahren abgeschlossen. Im gesamten Jahr 1997 waren es nur fünf. Den o. g. Verkehrsordnungswidrigkeiten liegen Verstöße nach der StVO, der StVZO, dem Güterkraftverkehrsgesetz bzw. dem Personenbeförderungsgesetz zugrunde.

Durch die Ämter werden oftmals Anträge auf Geschwindigkeitsüberwachung auf Grund von Bürgerbeschwerden gestellt. Bis zum 30.09.1998 wurden 72 Testmessungen durchgeführt. Nach Auswertung in der Unfallkommission wurden drei Standorte in die Liste der ständig zu überwachenden aufgenommen. Das Straßenverkehrsamt arbeitet eng mit der Polizei zusammen und beteiligte sich an den Aktionstagen am 10.07.1998 und am 28.10.1998. Die Öffentlichkeitsarbeit hat sich derart gestaltet, dass die Pressestelle der Kreisverwaltung regelmäßig über unsere Einsatztage und Messorte in Kenntnis gesetzt wird. Die MAZ berichtete bereits mehrfach darüber.

Die Schwerpunkte der Arbeit im Sachgebiet Verkehrssicherheit und -lenkung lagen im vergangenen Jahr neben der alltäglichen Arbeit in der Durchführung zusätzlicher Verkehrsschauen auf der Grundlage des Alleenerlasses und der Radfahrnovelle. Zur Umsetzung des Alleenerlasses wurden alle Bundes-, Landes- und Kreisstraßen (ca. 835 km) überprüft, wobei eine Einstufung von ca. 65 km Bundes-, 75 km Landes- und 17 km Kreisstraßen als Allee erfolgte. Hieraus resultierend wurde eine Beschilderung mit Zeichen 274 und Zusatzzeichen "Baumunfall" angeordnet.

Weiterhin mussten alle vorhandenen Radwege auf ihren Zustand und weitere Kriterien hin überprüft werden. Nur, wo die baulichen Voraussetzungen gegeben sind oder innerhalb eines Jahres hergestellt werden, kann die Benutzungspflicht durch Zeichen 237/240/241 vorgeschrieben werden.

So wurden bis zum 30.09.1998 75 km Radwege überprüft, wobei innerhalb des Netzes drei Kilometer Radwegeabschnitte nicht mehr beschildert werden, da die Kriterien nicht erfüllt sind. Bei ca. 20 km Radwegen wurde aus Gründen der Verkehrssicherheit für ein Jahr befristet die Benutzungspflicht weiterhin vorgeschrieben, wobei der Baulastträger in der Pflicht ist, die Kriterien hierfür bis dahin zu erfüllen.

Wie aus der Statistik erkennbar ist, ist ein Rückgang der Anordnungen verkehrslenkender Maßnahmen an Baustellen zu verzeichnen. Dieses ist darauf zurückzuführen, dass seit dem 01.01.1998 der Straßenbaulastträger - insbesondere das Brandenburgische Straßenbauamt Wünsdorf - die Anordnungen für Baumaßnahmen selbst erlassen kann. Was sich demgegenüber daher nicht

widerspiegelt, ist der Umstand, dass die Straßenverkehrsbehörde bei jedem Vorgang, der durch den Straßenbaulastträger bearbeitet wird, seine Zustimmung erteilen muss.

Ungeachtet der Anordnungsbefugnis durch den Straßenbaulastträger muss die Straßenverkehrsbehörde zu jeder Baumaßnahme ihre Zustimmung erteilen, jede Baustelle abnehmen und mindestens einmal kontrollieren. Damit steht dem Anordnungsverfahren das Zustimmungsverfahren gleich gegenüber, ist aber statistisch nicht erfasst.

Zur weiteren Aufgabe gehört die Leitung und Durchführung der Sitzung der kreislichen Unfallkommission. Im Rahmen dieser Sitzungen werden Unfallschwerpunkte ausgewertet und Maßnahmen zur Unfallbekämpfung festgelegt. Diese Unfallschwerpunkte müssen unter Beobachtung bleiben und ggf. erneut Maßnahmen festgelegt werden, bis diese Bereiche vom Unfallaufkommen her unauffällig werden. Von derzeit 52 Unfalld häufungsstellen konnten bisher neun durch Einleitung geeigneter Maßnahmen entschärft werden, weitere neun befinden sich auf Alleen, so dass auf Grund der getroffenen Anordnungen mit einer Entschärfung gerechnet wird.

Seit Mai 1998 wird das Sachgebiet durch zwei ABM-Kräfte verstärkt, die im Bereich der Verkehrserziehung zur Durchsetzung des Verkehrssicherheitsprogrammes des Landes Brandenburg, vorrangig zur Schul- und Spielwegsicherung, tätig sind.

Im Folgenden noch einige statistische Angaben aus dem Straßenverkehrsamt für den Zeitraum 01.01.1998 bis 30.09.1998:

### 1. Kfz-Zulassung

	Stand 30.09.1997	Stand 31.12.1997	Stand 30.09.1998
Fahrzeugbestand gesamt	109.292	110.314	113.870
davon Kräder	3.526	3.553	4.189
Pkw	82.240	83.020	85.065
Lkw	7.127	7.230	7.743
Zugmaschinen	2.219	2.207	2.308
sonstige Kfz	1.087	1.130	1.152
Kfz-Anhänger	13.093	13.174	13.413

### 2. Fahrschul- und Fahrerlaubniswesen

	Stand 31.12.1997	Stand 30.09.1998
Ersterteilung/Erweiterung von Fahrerlaubnissen (FE)	3.265	2.541
Umtausch von FE	471	363
Verlust von FE	769	453
Neuerteilung nach vorange- gangener Entziehung	280	410
Neuerteilung nach vorange- gangenem Entzug mit angeordneter Prüfung	14	35
Versagung nach Entzug	578	260
Internationaler Führerschein	305	307
FE zur Fahrgastbeförderung	363	510
vorliegende Anträge zur Bearbeitung (noch nicht abgeschlossen)	2.224	2.536
FE-Entziehungen	636	455
Anzahl der Fahrschulen und Zweigstellen	46	43
Anzahl der Fahrlehrer	158	152
Anzahl der überprüften Fahrschulen	19	19
Anzahl der Lektoren - Nachschulung Führerschein auf Probe (FAP)	17	18
Anzahl der Lektoren - Aufbauseminar für Kraftfahrer (ASK)	17	19

### 3. Gewerblicher Personen- und Güterverkehr

	Stand 31.12.1997	Stand 30.09.1998
Unternehmen im Taxen- und Mietwagenverkehr gesamt	55	58
Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge	101	111
Anzahl der Güterverkehrs- betriebe gesamt	192	191
	Stand 31.12.1997	Stand 30.06.1998
Anzahl der erteilten Genehmigungen für den allgemeinen Güternahverkehr	688	704
Anzahl der erteilten Genehmigungen für den allgemeinen Güternahverkehr in Verbindung mit den Genehmigungen für Güterfernverkehr	48	358
Anzahl der erteilten Genehmigungen für den Umzugsverkehr	23	39
Anzahl der erteilten Standort-Bestimmungen für Fahrzeuge des allgemeinen Güternah- und -fernverkehrs	1.252	1.287
Anzahl der Betriebe, die nur Werkverkehr betreiben	238	243
Anzahl der erteilten Standortbescheinigungen des Werkverkehrs	830	896

#### 4. Verkehrsordnungswidrigkeiten

	01.01.1997 bis 31.12.1997	01.01.1998 bis 30.09.1998
eingeleitete Bußgeldverfahren	3.149	1.901
davon		
- stationär	2.318	1.356
- mobil	797	519
- allg. Ordnungswidrigkeiten	34	26
eingeleitete Verwarngeld- verfahren	20.817	15.100
davon		
- stationär	15.468	10.899
- mobil	5.344	4.185
- allgemeine Verkehrsord- nungswidrigkeiten	5	16
Bußgeldverfahren aus Verwarngeldverfügungen	1.831	873
davon		
- stationär	1.453	644
- mobil	378	229
Gesamtanzahl Verfahren	25.797	17.874
Fahrverbote gesamt	457	278

#### 5. Verkehrssicherheit und -lenkung

	Stand 31.12.1997	Stand 30.9.1998
Stellungnahmen Planvorhaben	290	305
Vororttermine zu Planvorhaben	406	ca. 420
Ausnahmen, Veranstaltungen § 29 StVO	137	94
Ausnahmegem. und Erlaubnisse § 46 StVO	664	607
Anordnungen verkehrslenkender Maßnahmen und Baustellen	1.998	1.247
Anträge LZA/Fußgängerüberwege	27	15
erteilte Anordnungen für generelle Verkehrsregelungen gem. § 45 StVO	279	194
Außendienste zur Baustellenkontrolle	2.597	ca. 1.700
Verkehrsschauen	11	22

Die Schwerpunkte der Arbeit **des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes**, auf die hier näher eingegangen wird, sind

1. die Tierseuchenbekämpfung,
2. der Verbraucherschutz und
3. der Tierschutz und die Arzneimittelüberwachung.

#### 1. Tierseuchenbekämpfung

##### *Bekämpfung der enzootischen Rinderleukose*

Es wurden regelmäßig serologische Untersuchungen der Jungrinder und Kühe in den Beständen des Landkreises durchgeführt. Die Bestände vom Landkreis Teltow-Fläming sind frei von enzootischer Rinderleukose.

##### *Rindersalmonellose*

Bis 30.09.1998 wurde in zwei Betrieben (Jüterboger AG, AG GmbH Lebusa BT Schöna-Kolpien) Salmonellose der Rinder festgestellt. In beiden Betrieben wurden die Sperrmaßnahmen aufgehoben.

Verdacht auf Salmonellose wurde in vier Betrieben (AFB Blönsdorf, AG Felgentreu, Milchviehanlage Blankenfelde und Nuthequelle Niedergörsdorf) festgestellt. Bis auf Nuthequelle Niedergörsdorf konnten die Sperrmaßnahmen aufgehoben werden.

##### *Tollwut*

Da im Landkreis Teltow-Fläming seit mehr als vier Jahren keine Tollwut bei Füchsen u. a. Tieren festgestellt wurde, ist ab 1998 die Immunisierung der Füchse über Impfköder eingestellt worden. Um den Status einer von Tollwut freien Region zu erlangen, sind weiterhin flächendeckende Untersuchungen der gestreckten Füchse erforderlich. Bis zum 30.09.1998 wurden 360 Füchse zur Untersuchung auf Tollwut an das Staatliche Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsamt Potsdam eingesandt. Alle Füchse waren frei von Tollwut-Erregern.

##### *Schweinepest*

Bis 30.09.1998 wurden 24 Betriebe mit insgesamt 64 Beständen nach der Tierseuchen - Schweinehaltungs- Verordnung kontrolliert und belehrt.

Eine große Gefahr hinsichtlich der Einschleppung der Schweinepest stellt das Verfüttern nicht ordnungsgemäß erhitzter Speisereste und Küchenabfälle dar. Speisereste aus Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung und von Speisegaststätten unterliegen der Entsorgungspflicht durch eine Tierkörperbeseiti-

gungsanlage. In Ausnahmefällen können Speisereste nach ordnungsgemäßer Erhitzung auch an Hühner und Schweine verfüttert werden. Einen Antrag auf eine derartige Entsorgung haben bisher 64 Einrichtungen gestellt. Ein großer Teil der Gaststätten und Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung hat im Landkreis Teltow-Fläming eine Erklärung abgegeben, dass die anfallenden Speisereste unter die Vier-Personen-Haushaltsregelung fallen.

#### *Kontrolle Milchbetriebe*

In den 49 Milch erzeugenden Betrieben des Landkreises wurden bisher 52 Kontrollen durchgeführt. Ein Betrieb erfüllte nicht die Anforderungen der Milch-Verordnung. Aufgrund der Zellzahl-überschreitung erfolgte in einem Betrieb eine entsprechende Beratung.

#### *Tiertransporte*

Für Tiertransporte innerhalb der EU wurden 177 Gesundheitsbescheinigungen und EU-Zertifikate nach entsprechenden Kontrollen ausgestellt.

#### *Bovine Herpesvirus-Infektion (BHV-1)*

Die Verordnung zur Bekämpfung der BHV-1 Infektion der Rinder auf freiwilliger Basis gilt für das Land Brandenburg ab Januar 1996. Von der Tierseuchenkasse werden die Kosten für die Betriebe weitgehend getragen.

Per 30.09.1998 gelang es dem Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt durch Überzeugung 95 Betriebe für dieses freiwillige Bekämpfungsverfahren zu gewinnen.

Frei von Boviner Herpesvirus-Infektion sind per 30.09.1998 sieben Betriebe. 13 Rinderbestände haben den Status eines kontrollierten Impfbestandes. Von diesen Beständen geht keine Gefahr der Weiterverbreitung der BHV-1 aus.

#### *BSE*

Sieben Rinderbestände stehen im Landkreis Teltow-Fläming unter amtlicher Beobachtung. In diesen Beständen werden original aus dem Vereinigten Königreich und Nordirland stammende Tiere (ein Bestand mit fünf Tieren) oder erste Nachkommen, sogenannte F1-Tiere (sieben Bestände mit 74 Tieren), von aus dem Vereinigten Königreich oder Nordirland stammenden Rindern gehalten. Es besteht weiterhin ein Schlachtverbot für die originär englischen Rinder. Unter bestimmten Bedingungen und Auflagen dürfen die F1-Tiere geschlachtet werden. Diese Bestände werden regelmäßig untersucht und kontrolliert. Um die Sicherheit der Verbraucher

hinsichtlich der Herkunft der Rinder von der Geburt bis zum Verkauf des Rindfleisches im Laden zu gewährleisten, hat die EU im Jahr 1997 eine Reihe von Verordnungen erlassen. Die Kontrollen hinsichtlich der Ohrmarkenkennzeichnung, des Vorhandenseins der Rinderpässe und der Vollständigkeit des Tierregisters in 35 Rinderbeständen unseres Landkreises ergaben nur in Einzelfällen geringe Abweichungen.

## 2. Verbraucherschutz

Die Mitarbeiter des Sachgebietes Verbraucherschutzes haben zum gegenwärtigen Zeitpunkt 1872 Objekte der Lebensmittelproduktion, des Groß- und Einzelhandels sowie Küchen, Gaststätten, Imbiss-Einrichtungen und Märkte zu kontrollieren.

Auf der Grundlage einer Verwaltungsvorschrift über die Kontrollhäufigkeit des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Brandenburg sowie den Festlegungen der Fleischhygiene-Verordnung wurden bis zum 30.09.1998 3360 aktenkundige Kontrollen durchgeführt.

Kontrollschwerpunkte im Berichtszeitraum waren Bäckereien, Märkte, Volksfeste und Imbiss-Einrichtungen. Hier sowie bei den übrigen mit Lebensmitteln befassten Objekten wurden zur Abstellung von Hygienemängeln Auflagen erteilt und gebührenpflichtige Nachkontrollen durchgeführt sowie zu deren Durchsetzung Verwarnungs- und Bußgelder in Höhe von 5.662,50 DM erhoben.

Bauanträge von 18 Einrichtungen des Lebensmittelverkehrs wurden aus der Zuständigkeit des Sachgebietes beurteilt.

Im Berichtszeitraum wurden entsprechend der Einwohnerzahl des Landkreises Teltow-Fläming 553 Planproben von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen (Kosmetika, Reinigungsmittel, Textilien, Verpackung) entnommen. Außerdem gab es 64 Verdachts-, Verfolgs- und Monitoringproben. Von diesen Proben wurden insgesamt 60 durch das Staatliche Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsamt Potsdam beanstandet. Neben fehlerhafter Kennzeichnung (20 Erzeugnisse) könnte bei 40 Proben (überwiegend Verdachts- und Verfolgsproben) auf Grund des mikrobiologischen Untersuchungsergebnisses durchaus eine mögliche Gesundheitsgefährdung des Verbrauchers ausgegangen sein. Im Rahmen des Nationalen Rückstandskontrollplanes wurden in Schlacht- und Verarbeitungsbetrieben 57 Fleischproben entnommen und mit negativem Ergebnis untersucht, 50 weitere Proben wurden in Kälber-, Rinder-, Schweine-, Geflügel- und Fischhaltungen sowie bei Wild zur Untersuchung eingesandt.

In vier gewerblichen Schlachtbetrieben erfolgte die Schlacht- tier- und Fleischuntersuchung durch Tierärzte des Amtes (15198 Untersuchungen). Gleichzeitig wurden 747 Stücke Schalenwild in einem Wild-Zerlegebetrieb amtstierärztlich

untersucht. Hinzu kommt die Untersuchung von 15428 Trichinenproben im Labor des Amtes.

Die Handelsklassenkontrolle bei Obst, Gemüse, Speisekartoffeln, Eiern und Geflügel wird seit Anfang 1995 von einem ausgebildeten Handelsklassenkontrolleur durchgeführt.

Im Berichtszeitraum wurden 404 Kontrollen zur Durchsetzung des Handelsklassenrechts vorgenommen. Schwerpunktobjekte sind hierbei Wochenmärkte, Großhändler und Kundenbeschwerden. Hierbei wurden 17 gebührenpflichtige Verwarnungen wegen Verstoßes gegen das Handelsklassengesetz (Beanstandungen der Qualität von Obst, Gemüse und Eiern) ausgesprochen.

#### Gegenüberstellung Tätigkeit des Sachgebietes Verbraucherschutz 1997 und Vergleich zu 1996

	1997	1998
Kontrollobjekte	1.907	1.872
Kontrollen insgesamt	3.398	3.360
Probenahmen insgesamt	694	674
davon		
Planproben insgesamt	534	553
Verwarnungsgeld		
gebührenpflichtige Nachkontrollen		
Bußgeld insgesamt in DM	8.729	5.663
Fleisch- und Wilduntersuchungen	19.363	15.945

### 3. Tierschutz und Arzneimittelüberwachung

Nach den Vorschriften des Tierschutzgesetzes wurden 1998: 67 Sittichhaltungen, neun Schweinehaltungen, ein Legehennen-großbetrieb, sechs Zoohandlungen, drei Tierheime und vier Zirkusunternehmen überprüft.

109 Tierschutzanzeigen von Bürgern wurde nachgegangen, in deren Folge 13 Bußgeldverfahren eingeleitet werden mussten.

Die Tierschutztransport-Verordnung machte die Überprüfung von vier Transportunternehmen im Landkreis erforderlich. 17 Mitarbeiter dieser Unternehmen erfüllen die Bedingungen dieser Verordnung und erhielten einen entsprechenden Sachkundenachweis. Zwei Viehverladestellen in unserem Landkreis erfüllen die Bedingungen des innergemeinschaftlichen Viehverkehrs und erhielten eine entsprechende Zulassung.

Die Arzneimittelbestände wurden in drei Landwirtschaftsbetrieben überprüft. Sieben Fütterungsarzneimittel gelangten zur

Untersuchung im Staatlichen Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsamt Potsdam.

Im Folgenden soll über das **Umweltamt**, einem weiteren Amt des Dezernates II, berichtet werden.

Die Umsetzung des Organisationsgutachtens des Unternehmens WIBERA durch die Projektgruppe unter Leitung des Hauptamtes ist auf der Basis entsprechender Beschlüsse der Beigeordneten und Dezernenten des Landrates bis zum 30.06.1998 erfolgt. Ein Aus- und Weiterbildungsplan des Amtes wird als letzte Aufgabe der Projektgruppe bis Ende 1998 vorgelegt.

Der Gesamtaufgabenumfang des Umweltamtes spiegelt sich in folgenden Zahlen wider:

Bereich	1997		1. Halbjahr 1998	
	Posteingänge	davon Neuvorgänge	Posteingänge	davon Neuvorgänge
Sachgebiet Verwaltung und Amtsleiter	3.911	2.749	461	300
Untere Abfallwirtschaftsbehörde (UAB)	1.687	1.274	900	648
Untere Naturschutzbehörde (UNB)	2.721	2.355	1.586	1.320
Untere Wasserbehörde (UWB)	3.386	2.434	1.190	1.035
gesamt	11.705	8.812	4.137	3.303

#### *Sachgebiet Verwaltung*

Die hier im Jahre 1997 federführend bearbeiteten Vorgänge stellen sich im Umfang bei Schwerpunktaufgaben wie folgt dar:

Aufgabenthematik	1997 Anzahl	1. Halbjahr 1998 Anzahl
Ordnungswidrigkeiten (UAB, UNB, UWB)	527	191
Widersprüche (Amt gesamt)	93	55

Weiterhin benötigen Fördermittelanträge für folgende Investitionsprogramme eine fachliche Stellungnahme des Umweltamtes (eine oder mehrere Fachbehörden) als Bewilligungsvoraussetzung:

- A: Gewährung öffentlicher Finanzierungshilfen an die gewerbliche Wirtschaft im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung
- B: Gewährung öffentlicher Finanzierungshilfen an die gewerbliche Wirtschaft (einschl. Fremdenverkehr) im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung
- C: Gewährung von Finanzhilfen für Vorhaben des Immissionsschutzes und zur Begrenzung energiebedingter Umweltbelastungen
- D: Gewährung von Zuschüssen aus Mitteln des Landes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“
- E: Gewährung einer Zuwendung auf der Grundlage der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte
- F: Gewährung einer Zuwendung aus der Gemeinschaftsinitiative KONVER II aus Mitteln des Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des MWMT
- G: Gewährung einer Zuwendung zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur in der Fischwirtschaft
- H: Gewährung von Finanzhilfen zur Förderung von Gewässer-sanierungsmaßnahmen

Insgesamt sind damit Maßnahmen in erheblichem Wertumfang durch das Umweltamt unterstützt worden:

Aufgaben- thematik	1997			1. Halbjahr 1998		
	Anzahl	Invest- volumen in TDM	neue und gesicherte Arbeits- plätze	Anzahl	Invest- volumen in TDM	neue und gesicherte Arbeits- plätze
A	50	54.174	932	14	598.318	1.483
B	2	3.650	4	0	-	-
C	0	-	-	0	-	-
D	1	216	-	0	-	-
E	0	-	-	1	608	10
F	1	1.300	4	0	-	-
G	1	66	2	0	-	-
H	1	149	-	0	-	-
gesamt	56	59.555	942	15	598.926	1.493

Die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze ist eine Mindestangabe, da einige Anträge diesbezüglich keine Aussage treffen. Das Investitionsvolumen bezieht sich nicht nur auf die neuen Arbeitsplätze, sondern beinhaltet auch den Erhalt vorhandener Arbeitsplätze.

*Untere Abfallwirtschaftsbehörde (UAB)*

In der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde wurden im Jahre 1997 in folgenden Aufgabengruppen die aufgeführten Vorgangsumfänge bearbeitet:

Aufgabenthematik	1997 Anzahl	1. Halbjahr 1998 Anzahl
Sanierungsverfügungen	42	17
landwirtschaftliche Nutzung von Flächen nach § 15 AbfG	110	123

Einen wesentlichen Arbeitsumfang im Bereich Altlasten nimmt die Sanierung des Industrieparkes Ludwigsfelde ein. Im Jahr 1997 wurde die Gesamtkonzeption zur Altlastsanierung des Industrieparkes Ludwigsfelde/MTU-Gelände fertiggestellt und durch MUNR, BvS und Landkreis bestätigt. Damit ist die Wasserversorgung durch den WARL gewährleistet und die weitere Entwicklung des Industrieparkes Ludwigsfelde aus Sicht der Altlastproblematik abgesichert. Im ersten Halbjahr 1998 wurde der Sachstand aktualisiert und die aktuelle Sanierung angepasst.

*Untere Naturschutzbehörde (UNB)*

In der Unteren Naturschutzbehörde wurden im Jahr 1997 in folgenden Aufgabengruppen die aufgeführten Vorgangsumfänge bearbeitet:

Aufgabenthematik	1997 Anzahl	Finanz- umfang	1. Halbjahr 1998 Anzahl
Baumfällungen	646	-	334
Trassen und Leitungen	129	-	68
Grünordnungspläne	84	-	39
Vertragsnaturschutz für Landwirte	30	360.899	(nur Jahres- erfassung)

*Untere Wasserbehörde (UWB)*

Im Jahre 1997 wurden folgende Vorgangsumfänge in einzelnen Aufgabengruppen bearbeitet:

Aufgabenthematik	1997 Anzahl	1. Halbjahr 1998 Anzahl
wasserrechtliche Entscheidungen Abwasser und Trinkwasser	417	157
Entscheidungen im Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	181	156
Störfälle	120	32

Die Zusammenarbeit der Kommunalaufsicht in der Arbeitsgruppe „Kommunale Abwasserent- und Trinkwasserversorgung“ ist mit dem Ziel weiterentwickelt worden, nur technisch und wasserrechtlich sinnvolle Lösung auch kommunalrechtlich zu begleiten.

## Dezernat III

Das **Schulverwaltungsamt** gliedert sich in drei Sachgebiete: Haushalt, Schulentwicklungsplanung, Unterhaltung der Einrichtungen sowie Kreisvolkshochschule, über deren Aufgaben im Folgenden zu berichten ist.

### Sachgebiet 1 - Haushalt

#### *Investitionen/Ausstattungen ohne Baukosten*

Die Allgemeine Förderschule Jüterbog erhielt Ausstattungen für die Fachunterrichtsräume Chemie/Physik/Biologie sowie Hauswirtschaft und Arbeitslehre (Holz und Metall) in einem Gesamtwert von ca. 200 TDM.

Im Rahmen der Baumaßnahmen am Oberstufenzentrum wurden für die Bauabschnitte Birkengrund Süd Ausschreibungen für Ausstattungen in Höhe von 2,3 Mio DM vorgenommen und bereits teilweise vergeben.

Am Friedrich-Gymnasium Luckenwalde konnte neues Mobiliar für 75 TDM beschafft werden und für die Ausstattung der Sporthalle wurden 55 TDM verausgabt.

Das Fontane-Gymnasium Rangsdorf erhielt Mobiliar für 17 TDM und das Marie-Curie-Gymnasium Ludwigfelde wurde mit 27 TDM teilweise neu ausgestattet.

Für die Ausrüstung der Küche im Schullandheim Dobbrikow wurden 23 TDM investiert.

#### *Laufende Geschäfte aus dem Verwaltungshaushalt*

Die jährliche Schulbuchbeschaffung für alle Schulen in kreislicher Trägerschaft wurde im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung mit Gesamtkosten von ca. 400 TDM durchgeführt.

Die Schülerbeförderung für ca. 10.000 Fahrschüler im Landkreis erforderte 1998 ca. 7 Mio DM an Beförderungskosten.

Es wurden Schulkostenbeiträge an die Träger der Sekundarstufe I im Landkreis in Höhe von ca. 5,2 Mio DM gezahlt.

Die Schulkostenbeiträge an andere Landkreise bzw. kreisfreie Städte beliefen sich auf ca. 1,2 Mio DM.

Die Mittelvergabe von ca. 370 TDM an die Träger der Erwachsenenbildung erfolgte im Rahmen des brandenburgischen Weiterbildungsgesetzes.

Der Landkreis nahm auch 1998 die Bezuschussung der Träger der Schwimmhallen (Stadt Ludwigsfelde, Stadt Luckenwalde) im Landkreis Teltow-Fläming mit je 100 TDM vor.

### Sachgebiet 2 - Schulentwicklung, Unterhaltung der Einrichtungen

Mit dem Bezug der Allgemeinen Förderschule am 09.02.1998 am neuen Standort in Jüterbog, Schulstraße 1/2, wurde der Kreistags-Beschluss Nr. 244 realisiert. Für die bauliche Instandsetzung wurden 920 TDM kreiseigene Mittel eingesetzt.

Am 24.08.1998 war Unterrichtsbeginn für die 235 Schüler der Abteilung 4 des Oberstufenzentrums (bisher wurden sie am Standort Jüterbog beschult) im neuen Fachraumtrakt in Ludwigsfelde, Am Birkengrund 1, für die Berufsfelder Bautechnik, Farbtechnik und Raumgestaltung.

Im Rahmen der Rekonstruktion des Schulgebäudes in Ludwigsfelde, Brandenburgische Straße, für den Zeitraum August 1998 bis Juni 1999 erfolgt die Beschulung der Jugendlichen der Abteilung 1 im Schuljahr 1998/99 vorübergehend in Luckenwalde im Gebäude der ehemaligen Grundschule V, An der Stiege 1.

Am Richtfest des Neubaus Fachraumtrakt für die Berufsfelder Metalltechnik und Elektrotechnik in Ludwigsfelde, Am Birkengrund 1, am 12.06.1998 nahm der Ministerpräsident, Herr Dr. Manfred Stolpe, teil. Die Fertigstellung dieses Fachraumtraktes erfolgt im zweiten Halbjahr des Schuljahres 1998/99. Der Kostenaufwand für die Baumaßnahmen Fertigstellung des Fachraumtraktes und Rekonstruktion der Schule, Brandenburgische Straße in Ludwigsfelde, beläuft sich auf ca. 21,8 Mio. DM.

Die Bauplanungsunterlagen für den Umbau des Schulgebäudes (ehemalige Grundschule V) in Luckenwalde, An der Stiege 1, sind erstellt worden. Damit wird Schritt für Schritt dem Inhalt des Beschlusses des Kreistages Nr. 244 vom 15.01.1996 entsprochen, die berufstheoretische Ausbildung an zwei Standorten in der Kreisstadt Luckenwalde (Abt. 2 - An der Stiege 1 - und Abt. 3 - Schieferling 11) zu konzentrieren. Wegen der territorialen Nachbarschaft der beiden Objekte werden sie zu einer organisatorischen Einheit zusammengefasst.

Die Grundsteinlegung für den Neubau einer Förderschule für Geistigbehinderte fand am 03.09.1998 in Jüterbog, Ziegelstraße 20, statt. Ab März 1999 sollen ca. 90 Schüler aus den bisher zwei Standorten, Quellenhof 1 in Jüterbog und Käthe-Kollwitz-Straße 74 in Luckenwalde, ihre neue Schule in Besitz nehmen. Kostenumfang: ca. 7,5 Mio DM.

Am 30.10.1998 fand die feierliche Einweihung der Turnhalle am kreislichen Friedrich-Gymnasium in Luckenwalde, Parkstraße 59, statt. Der Baubeginn war im Juni 1997. Kostenumfang: ca. 2 Mio. DM.

Für die Maßnahmen der laufenden baulichen Unterhaltung an den Schulen, die sich in Trägerschaft des Landkreises Teltow-Fläming befinden, wurden im Haushaltsjahr 1998 257 TDM zur Verfügung gestellt.

### Sachgebiet 3 - Kreisvolkshochschule

Die Kreisvolkshochschule (KVHS) realisierte - abgestimmt mit drei weiteren anerkannten Bildungsträgern für die Erwachsenenbildung - mit rund 85 % den Hauptanteil der gemäß Brandenburgischem Weiterbildungsgesetz zu leistenden allgemeinen, beruflichen, politischen und kulturellen Weiterbildung. Damit war gewährleistet, dass die dem Landkreis zustehenden Fördermittel für die Weiterbildung in vollem Umfang abgerufen und ausgeschöpft werden konnten. Die Entwicklung der Teilnehmerzahlen - von 9.227 Belegungen in 1995 und 9.600 Belegungen in 1996 bis zu 11.300 Belegungen in 1997 - zeigt, dass es der KVHS gelungen ist, ein niveauvolles, vielseitiges und am Bedarf orientiertes Weiterbildungsprogramm vorzuhalten und ihre Hörschaft kontinuierlich zu erweitern.

Im zurückliegenden Kalenderjahr wurden 13.514 Unterrichtsstunden in Form von Kursen, Vortragsveranstaltungen und Seminaren geleistet. 90 Teilnehmer legten erfolgreich eine landeseinheitliche EDV-Prüfung ab. In vier Ausstellungen mit insgesamt 8.000 Besuchern wurden Arbeiten aus Kreativkursen der KVHS gezeigt. Darüber hinaus war die KVHS Kollegstandort für das Telekolleg II zum Erwerb der Fachhochschulreife. Im Juni 1998 konnten 14 Teilnehmer das Kolleg mit dem Fachabitur erfolgreich abschließen und im September ist ein neuer Durchgang mit 30 Teilnehmern angelaufen.

Seit 1995 beteiligt sich die KVHS im regionalen Fachverbund der Volkshochschulen aus Brandenburg, Berlin und Niedersachsen mit dem Pierce College in Seattle an einem Projekt "Amerikanische und deutsche Erwachsenenbildung im Vergleich". Diese regionalen und internationalen Fachkontakte führten zu einem kontinuierlichen Erfahrungsaustausch und zu fachlichen Kontakten zwischen den Mitarbeitern und den Kursleitern der beteiligten Einrichtungen. Einen besonderen Höhepunkt stellte der Besuch von sieben hochrangigen Mitarbeitern des Pierce Colleges im Oktober 1998 in unserem Landkreis dar. Zur Thematik "Profilbildung einer Volkshochschule zur Entwicklung der Kreativität als Schlüsselqualifikation" kam es zu anregenden Fachgesprächen zwischen Dozenten und Mitarbeitern. Bei einem Empfang auf Einladung des Präsidenten des brandenburgischen Landtags, Herrn Dr. Knoblich, wurde in Anwesenheit von Volkshochschulleitern und ihren Trägervertretern eine Rahmenvereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen dem Pierce College und den Landesverbänden der Volkshochschulen in Brandenburg und Niedersachsen unterzeichnet. Das kann auch für die KVHS in unserem Landkreis die Basis für Fortsetzung und Ausbau regionaler und internationaler Arbeitskontakte sein.

Auf ein vielfältiges kulturelles Angebot kann der Landkreis Teltow-Fläming auch 1998 zurückblicken. So gab es zahlreiche Veranstaltungen im gesamten Kreisgebiet, initiiert von kulturellen Gruppen, Vereinen und Kommunen, die in vielen Fällen vom Kulturamt gefördert wurden bzw. auch durch ihre Bekanntmachung im vom **Kulturamt** herausgegebenen Veranstaltungskalender große Aufmerksamkeit erzielten.

Besonders zu nennen sind hier Projekte wie das traditionelle Fest des Liedes, das im Juni in Glashütte stattfand und mit dem Auftritt von 15 Chören, zwei Kinderchören und einer Kinder-Revue hohen Zuspruch fand. Veranstalter waren der Sängerkreis Zossen, die Goersch'sche Chorgemeinschaft 1842 Baruth/Mark e. V. und der Glashütte e. V. mit finanzieller Förderung des Kulturamtes.

Die Luckenwalder Heimatfreunde e. V. und das Kreisheimatmuseum in Luckenwalde veranstalteten unter Mitwirkung von Schülern des Friedrich-Gymnasiums als Beitrag zum 100. Todestag Fontanes anlässlich dieses Jubiläums eine Festveranstaltung im Stadttheater Luckenwalde im Zusammenhang mit weiteren Veranstaltungen wie Lesungen, Ausstellungen und Exkursionen.

Die Gemeinde Niedergörsdorf organisierte unter Beteiligung mehrerer europäischer Traditionsvereine (Frankreich, Polen, Tschechien) ein umfangreiches Festprogramm zum 185. Jahrestag der Schlacht bei Dennewitz mit einem historischen Festumzug, historischen Gefechtsdarstellungen, der Einweihung der wiederhergestellten Bockwindmühle und v. a. Tausende Besucher nahmen an diesem Fest teil.

Ein Höhepunkt war wie immer die Sommerwerkstatt für kunstinteressierte Kinder, die das Kulturamt in diesem Jahr zum Thema „Indianer“ im Schullandheim „Märkisches Wanderdorf“ am Siethener See in Gröben durchführte. Die Teilnehmer wurden mit der Kultur dieses Volkes vertraut gemacht, von erfahrenen Museumspädagogen vermittelt.

Ausstellungen der Malerei, Metallgestaltung, Fotografie, Keramik und Plastik präsentierte das Kulturamt in der Kleinen Galerie Zossen. Vorrangig Künstler des Landkreises Teltow-Fläming haben dort die Möglichkeit, ihre Arbeiten vorzustellen, aber jedes Jahr werden auch Einblicke in das Schaffen von Künstlern aus anderen Ländern und Regionen gegeben, so dass ein reger Informationsaustausch der Künstler untereinander sowie für die Besucher möglich ist.

Dieser Einblick wird erweitert durch die neu entstandene Galerie der GEDOK in Rangsdorf sowie die Kunsthalle in Luckenwalde. Alle drei Einrichtungen haben unterschiedliche Konzepte, so dass sie als gegenseitige Ergänzung betrachtet werden können.

Die Förderung von kulturellen Einrichtungen mit überregionaler Bedeutung durch das Kulturamt konnte auch 1998 dazu beitragen, das Museumsdorf Glashütte, das Bauernmuseum Blankensee, das Museum Kloster Zinna, das Stadttheater Luckenwalde sowie die Theater- und Konzertstätte Jüterbog als kulturelle Grundsubstanz unserer Region zu erhalten und zu stabilisieren.

Das trifft auch auf die Kultureinrichtungen in kreislicher Trägerschaft wie das Kreisheimatmuseum in Luckenwalde, das Museum des Teltow in Wünsdorf, die Kreismusikschule mit verschiedenen Standorten und die Kreis- und Stadtbibliothek in Luckenwalde zu. Beide Museen zogen auf ihren Ausstellungen und Veranstaltungen zahlreiche Besucher an, wobei sich in Wünsdorf die Ausstellung „Alltag im Geheimen“ über das ehemals militärisch genutzte Gebiet auch im 2. Jahr als Publikumsmagnet erwies.

In Luckenwalde traf dies für die Sonderausstellung „120 Jahre Feuerlöschgeräte aus Luckenwalde“ zu, deren Eröffnung in Zusammenarbeit mit der Luckenwalder Feuerwehr zu einem Ereignis für Groß und Klein wurde.

Die Kreis- und Stadtbibliothek konnte gemeinsam mit dem Brandenburgischen Literaturbüro die Veranstaltungsreihe „Luckenwalder Literaturgespräche“ ins Leben rufen. Sechsmal trafen sich unter diesem Motto renommierte Autoren mit Bürgern des Landkreises zu Lesungen und Diskussionen bei ständig steigendem Interesse.

Wenn über die Arbeit der Kreismusikschule gesprochen wird, muss u.a. die kontinuierliche Entwicklung der 1996 gegründeten Big-Band genannt werden, die immer öfter Höhepunkte des öffentlichen Lebens musikalisch begleitet. Die gute Qualität der Ausbildung der Schüler zeigte sich z. B. beim Wettbewerb „Jugend musiziert“, bei dem eine unserer Schülerinnen 1998 einen 1. Preis im Regionalwettbewerb erringen konnte.

Für die Förderung im Bereich Denkmalschutz und Denkmalpflege stellte der Landkreis 1998 700 TDM zur Verfügung, so dass Restaurierungsarbeiten fortgesetzt bzw. neu begonnen werden konnten. Zu nennen sind hier besonders das Stadttheater Luckenwalde, das Schloss Blankensee, der Hochaltar in der Nikolai-Kirche Jüterbog, das ehemalige Zollhaus Kloster Zinna, das zum Webermuseum umgestaltet wurde, die Dorfkirche Liedekahle sowie das Industriedenkmal Glashütte.

Die Kulturentwicklungskonzeption des Landkreises, die im Kulturamt unter Mitwirkung einer ABM seit über einem Jahr erarbeitet wird, befindet sich derzeit in der Phase der Koordination mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Sie beinhaltet eine umfangreiche Recherche zur kulturellen Struktur im Kreisgebiet, die Aussagen über das gesamte kulturelle Spektrum ermöglicht und entsprechende Schlussfolgerungen für die weitere Entwicklung und Förderung zulässt. Dazu gehören die Sicherung der kulturellen Grundversorgung durch Musikschule, Bibliothek, Museen ebenso wie die Förderung kultureller

Schwerpunkte im Zusammenhang mit der touristischen Leitplanung (Glashütte, Kloster Zinna, Stadttheater Luckenwalde) sowie die Förderung projektbezogener Kulturereignisse.

Ein weiteres dem Dezernat III zugeordnetes Amt ist das **Sozialamt**.

Um den Arbeitsmarkt zu entlasten und die für die Arbeitsförderung zur Verfügung stehenden Mittel der Europäischen Union (Europäischer Sozialfonds) und des Landes in sinnvollen Maßnahmen umsetzen zu können, wurde im Land Brandenburg im Jahre 1992 das Landesprogramm „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ aufgelegt. Insbesondere wurden Hilfen für die berufliche Erstausbildung, die betriebliche Weiterbildung, Lohnkostenzuschüsse für Zielgruppen am Arbeitsmarkt und Förderung für Existenzgründer angeboten. Daneben beinhaltete das Förderprogramm Förderpunkte für die Flankierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, von Projekten „Arbeit statt Sozialhilfe“ und ab 1993 von Maßnahmen nach § 249 h AFG.

Auf der Grundlage der Leitlinien der Arbeitsmarktpolitik wurde das Landesprogramm 1995/96 reformiert, die einzelnen Programmpunkte wurden neu geordnet und systematisch zusammengefasst. Gegenwärtig besteht das Landesprogramm „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ aus insgesamt 19 verschiedenen Förderpunkten, die den drei Bereichen „Förderung der Qualifizierung, Förderung der Arbeitsaufnahme Erwerbsloser und Förderung von Strukturen“ zugeordnet sind.

So werden auf der Grundlage des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG), § 19 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für arbeitslose Personen mit Sozialhilfebezug für die Dauer eines Jahres geschaffen. Nach der dazu erlassenen Landesrichtlinie „Arbeit statt Sozialhilfe“ werden Arbeitsplätze für arbeitslose Sozialhilfeempfänger/innen mit Wohnsitz im Land Brandenburg gefördert, die ihren Lebensunterhalt ganz oder überwiegend aus Sozialhilfeleistungen bestreiten. Darüber hinaus werden auch Arbeitsplätze für arbeitslose Sozialhilfeempfänger/innen gefördert, die Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe haben, wenn sie entweder alleinerziehend oder schwerbehindert sind oder es sich um Frauen im Alter ab 45 Jahren handelt, die ergänzende Sozialhilfe erhalten.

Im Jahr 1998 standen 269 Arbeitsplätze in 15 Projekten „Arbeit statt Sozialhilfe“ zur Verfügung. Durch die nachstehend aufgeführten sechs Träger, die alle im Landkreis ansässig sind, konnten die vielschichtigen Probleme, die mit der Integration der verschiedenen Zielgruppen, wie Aussiedler, ehemalige Strafgefangene, Obdachlose, Suchtgefährdete u.a. auftreten, bewältigt werden.

- Bildungswerk FUTURA e.V.

- Luckenwalder Beschäftigungs- und Aufbaugesellschaft mbH(LUBA)
- Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft für Arbeitnehmer mbH Neuheim (NEUBA)
- Arbeitslosenzentrum Jüterbog

- gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Waldstadt
- Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung  
Ludwigsfelde mbH

Die positivsten Erfahrungen in der Umsetzung der Richtlinie „Arbeit statt Sozialhilfe“ wurden in unserem Landkreis mit der Form der Beschäftigung auf Einzelarbeitsplätzen bei verschiedenen Arbeitgebern gemacht. Diese Form zeichnet sich durch hohe Vermittlungsraten in den ersten Arbeitsmarkt nach Beendigung des Beschäftigungsjahres aus, aber auch die gesellschaftliche Integration der Teilnehmer wird durch diese Projekte besonders gefördert. So ist es gelungen, im Anschluss an die Beschäftigung in den Projekten 84 Teilnehmer in eine feste Arbeit, 9 Teilnehmer in eine Umschulung, 13 Teilnehmer in ABM bzw. Maßnahmen gemäß § 272 ff SGB III und 4 in eine Berufsförderung zu vermitteln.

Das große Engagement aller Projektträger lässt die Anzahl der Erfolge hinsichtlich eines positiven Abschlusses des Beschäftigungsjahres in den Projekten „Arbeit statt Sozialhilfe“ im Landkreis ständig steigen. Zu bewerten ist hier nicht nur die Anzahl der nach dem Beschäftigungsjahr vermittelten Arbeitnehmer/innen, sondern auch die erfolgreiche einjährige Beschäftigung von Hilfeempfänger(n)innen.

Des Weiteren hat das Sozialamt des Landkreises Teltow-Fläming die Absicht des Bildungswerks FUTURA Luckenwalde e.V. unterstützt, ein KONVER/ESF-Projekt für 24 Teilnehmer/innen im Bereich Niedergörsdorf durchzuführen. Die Maßnahme hat am 15.06.1998 begonnen. Außerdem stehen unserem Landkreis 12 Plätze für benachteiligte Jugendliche der Stadt Ludwigsfelde und des Amtes Ludwigsfelde-Land im Projekt JONA öko. Bau in Kleinmachnow zur Verfügung. Beide zuletzt genannten Projekte sind ohne Landesförderung ausgerichtet, werden aber durch entsprechende finanzielle Mittel des Landkreises unterstützt.

Insgesamt wurden im Jahr 1998 finanzielle Mittel in Höhe von 3.078.600,- DM an Landesmitteln und 3.138.820,- DM an Kreismiteln für die Projekte „Arbeit statt Sozialhilfe“ eingesetzt.

Gem. § 18 Bundessozialhilfegesetz hat die Beschaffung des Lebensunterhaltes durch Arbeit höchste Priorität. Zur besseren Umsetzung fanden verschiedene Möglichkeiten der Bundesanstalt für Arbeit sowie der Sozialhilfeträger in der am 30.06.1998 zwischen dem Arbeitsamt Potsdam und dem Landkreis Teltow-Fläming abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung ihren Niederschlag. Im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen verständigten sich die Vertragsparteien auf eine umfassende Zusammenarbeit mit dem Ziel, arbeitslose Sozialhilfeempfänger dauerhaft in das Erwerbsleben einzugliedern.

Es wurden konkrete Festlegungen zur finanziellen Untersetzung des Eingliederungsvertrages nach § 227 ff. Sozialhilfegesetz-

buch (SGB) III, des Einstellungszuschusses bei Neugründungen nach §§ 223 ff. SGB III sowie von Trainingsmaßnahmen nach § 48 ff. SGB III bei Vermittlung von Sozialhilfeempfängern getroffen.

Nun gilt es, diese Maßnahmen gemeinsam umzusetzen und ggf. nach weiteren Möglichkeiten bezüglich der Vermittlung von Sozialhilfeempfängern zu suchen.

Das neue Betreuungsrecht setzt zur Erreichung der Reformziele, wie die „persönliche Betreuung“ und die „Stärkung der persönlichen Rechte“ ganz wesentlich auf das Ehrenamt in der Betreuung. Die persönliche und rechtliche Betreuung durch ehrenamtlich tätige Bürger wird mehr und mehr unverzichtbar.

Seit 1992 ist eine steigende Tendenz im Landkreis Teltow-Fläming im Bereich der vormundschaftlichen Betreuung zu verzeichnen. So waren z.B. 1995 1050 Betreuungsverfahren anhängig, die von 726 Familienangehörigen/Ehrenamtliche geführt wurden. 1997 wurden bereits 1484 Betroffene von 1060 Familienangehörigen betreut.

Ausgehend von dieser Tendenz führte das Sozialamt (Örtliche Betreuungsbehörde) eine öffentliche Informationsveranstaltung zum neuen Betreuungsrecht für alle interessierten Bürger des Landkreises am 20.11.1998 in der Kreisverwaltung durch. Ziel dieser Veranstaltung war u.a., dem Ehrenamt wieder mehr Bedeutung beizumessen, d.h. Bürger für diese Aufgabe zu interessieren, um im Ergebnis die örtliche Betreuungsbehörde zu entlasten sowie den Familienangehörigen und ehrenamtlich tätigen Bürgern Hilfe und Unterstützung bei der Klärung von rechtlichen Angelegenheiten der Betroffenen zu geben. Im Ergebnis dieser Veranstaltung wurde eine positive Resonanz festgestellt. Von den Anwesenden wurde der Wunsch geäußert, zukünftig ähnliche Veranstaltungen territorial zugeordnet zu den Altkreisen anzubieten, um Probleme im Zusammenhang mit der Betreuungstätigkeit zu klären und einen Erfahrungsaustausch zwischen den Betreuern zu ermöglichen.

Der Jahresbericht, der vom **Jugendamt** jährlich vorgelegt wird, gibt detailliert Auskunft über die Aktivitäten und Entwicklungen in diesem Amt.

Die Grundaussage des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) ist, dass jeder junge Mensch ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit hat. Jugendhilfe soll zur Verwirklichung dieses Rechts vor allem dazu beitragen

- Benachteiligungen zu vermeiden,
- Eltern zu beraten und zu unterstützen,
- Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen und
- positive Lebensbedingungen für junge Menschen und deren Familie in einer kinder- und familienfreundlichen Umwelt zu schaffen und zu erhalten.

Daraus leitet sich das Anliegen des Jugendamtes ab, die Attraktivität der Horte zu erhöhen und damit zu verhindern, dass ältere Grundschüler zu Straßenkindern werden. So beteiligte sich der Landkreis am Projekt des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport „Hortkonzepte aus Brandenburg“ und war dort maßgeblich an der Erarbeitung eines Positionspapiers zu Grundsätzen für die Hortarbeit beteiligt. Die Fachtage zu diesem Thema, die im November vom Jugendamt in unserem Landkreis durchgeführt wurden, begleitete eine Ausstellung, die interessante Projekte aus unserem Landkreis vorstellte und dokumentierte.

Im Bereich der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit wurde eine Priorität im Bereich der Förderung von offenen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit gesehen. Die Auswahl der Träger für eine Personalkostenförderung für sozialpädagogische Fachkräfte konnte fortgeführt und abgeschlossen werden, so dass jetzt 35 Stellen - besetzt mit 36 Fachkräften - bis zum 31.12.2000 mit einer finanziellen Zuwendung rechnen können und eine mittelfristige Planungssicherheit gegeben ist. Mit der Förderung verbindet sich der Auftrag an die Träger, gute und sehr gute Arbeit zu leisten, die am tatsächlichen oder veränderten Bedarf orientiert werden muss.

Erstmals förderte der Landkreis die offene Kinder- und Jugendarbeit in Freizeiteinrichtungen mit einer Zuwendung von insgesamt 300 TDM an die Ämter und Gemeinden. Mindestens 50 % der Fördersumme waren für die Gestaltung der pädagogischen Arbeit einzusetzen. Der Notwendigkeit auf regionaler Ebene Einrichtungen der offenen Jugendarbeit qualitativ wie quantitativ zu fördern und die Basis für eine langfristige Arbeit zu schaffen, konnte damit Rechnung getragen werden.

Im Juli 1998 nahm der erste Streetworker - eine Straßensozialarbeiterin - ihre Arbeit auf. Damit reagierte der Landkreis auf spezielle Bedarfe in Problemregionen. Der Einsatz des Streetworkers erfolgte zunächst im Amt Blankenfelde-Mahlow und ist mit dem Ziel verbunden Jugendlichen, die sich vorwiegend außerhalb von Einrichtungen der Jugendhilfe treffen, ein Hilfeangebot zu unterbreiten. Dabei gilt es Probleme aufzugreifen, gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien zu erarbeiten und Hilfeleistung bei der Umsetzung zu geben, also Hilfe zur Selbsthilfe.

In der Jugendsozialarbeit lagen die Schwerpunkte bei Schulsozialarbeit und Jugendberufshilfe. Sieben Schulsozialarbeiter tragen im Landkreis zu einer Kooperation von Jugendhilfe und Schule bei, um gemeinsam für Kinder und Jugendliche zu streiten. 20 (1997: 6) die durch das Arbeitsamt nicht vermitteltbar waren, wurden in eine sozialpädagogisch begleitete Ausbildungsmaßnahme integriert.

Trotz größerer Bevölkerungsdichte im Norden des Landkreises ist die Zahl der von Jugendhilfe begleiteten Familien im südlichen Bereich höher. Eine Analyse familiärer Situationen von Kindern und Jugendlichen, die sich in Heimerziehung befinden, machte unter anderem einen Zusammenhang von wirtschaftlicher Unsicherheit und Beziehungskrisen deutlich. Durch die Erweiterung der ambulanten Erziehungshilfen - vorwiegend sozialpädagogische Familien- und Einzelfallhilfe - gelang es Problemlösungen dort anzubieten, wo sie entstanden waren und so Kindern und Jugendlichen ihre Familie und ihr soziales Umfeld zu erhalten.

Mit der Einführung des neuen Kindschaftsrechts übernahmen verschiedene Bereiche des Jugendamtes erweiterte oder neue Aufgaben vor allem in der Beratung Personensorgeberechtigter zu Unterhaltsfragen/Vaterschaft und zum Umgang nach Trennung und Scheidung. Durch Umstrukturierungen gelang es Arbeitsabläufe effektiver zu gestalten und Neueinstellungen zu vermeiden.

Zu den Aufgaben des Jugendamtes gehört auch die Jugendhilfeplanung. Die Kita-Bedarfsplanung konnte 1998 fertiggestellt werden. Ihm schließt sich die Planung der bedarfsgerechten Maßnahmen für den Jugendbereich an.

Die Arbeit des Jugendamtes wird intensiv vom Jugendhilfeausschuss begleitet und mitgestaltet. Themen der Sitzungen waren unter anderem:

- Auslastung von Förderprogrammen
- gerechte Vergabe von Haushaltsmitteln
- Umgang mit sexuellem Missbrauch
- Delinquenz bei Jugendlichen und Einflussmöglichkeiten
- Jugendsozialarbeit und ihre Zielgruppe

In Fortführung der Arbeit des Jugendhilfeausschusses soll - auch im Hinblick auf die Jugendhilfeplanung - die Priorität im Jugendbereich liegen.

Intensiver als bisher soll Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden, um das Jugendamt transparenter zu machen, Bürgern Schwellenängste zu nehmen und präventiver arbeiten zu können.

Dem Jugendamt ist die Sportförderung zugeordnet. Im Haushaltsjahr standen 172 TDM zur Verfügung, mit denen Aktivitäten von 47 Vereinen gefördert wurden, die Personalstelle des Geschäftsführers des Kreissportbundes, Traditionsturniere mit internationaler Beteiligung und auch die Bundesliga-Ringer des 1. Luckenwalder Sportclubs. Der Kreisportbund organisierte in Zusammenarbeit mit dem Landkreis die ersten Kinder- und Jugendspiele. In 15 Sportarten, darunter Handball, Volleyball, Leichtathletik, Schwimmen u.a. stellten ca. 1.500 Kinder und Jugendliche ihr sportliches Können unter Beweis. Eine gelungene sportliche Großveranstaltung, die in den nächsten Jahren zur Tradition heranwachsen soll.

Im Rahmen des *Infektionsschutzes* ermittelte das **Gesundheitsamt** zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten u. a. bei gemeldeten infektiösen Darmerkrankungen, infektiöser Gelbsucht (Hepatitis A, B, C) sowie bei Erkrankungshäufungen. Obwohl in den letzten Jahren eine Abnahme der Salmonellenerkrankungen zu verzeichnen ist, wurden bis Ende September 1998 251 Erkrankungen registriert, bei denen Ermittlungen durch das Gesundheitsamt durchzuführen waren. Besonders aufwändig waren Ermittlungen und Schutzmaßnahmen bei drei Meningokokken-Meningitiden (epidemische Gehirnhautentzündung) sowie eine Erkrankungshäufung im Gymnasium Jüterbog.

Im Bereich *Umwelthygiene* wurden 55 zentrale Wasserversorgungsanlagen (Wasserwerke) überwacht. Bei den Wasserwerken Rangsdorf und Rehagen mussten aufgrund chemischer Grenzwertüberschreitungen Sanierungsmaßnahmen gefordert werden. Die Überprüfung der Hausbrunnen, die der Trinkwasserversorgung dienen (Einzelwasserversorgungsanlagen), wurde fortgesetzt. Der in den vergangenen Jahren geforderte Anschluss an die zentrale Trinkwasserversorgung konnte aufgrund der finanziellen Situation der Kommunen und Wasserversorgungsunternehmen bisher nur in geringem Umfang verwirklicht werden, so dass es immer noch ca. 1.500 Einzelwasserversorgungsanlagen vorwiegend im nördlichen Bereich des Landkreises Teltow-Fläming gibt.

In den Sommermonaten erfolgte eine Überwachung und Beprobung von 16 Badestellen an Gewässern in 14-tägigem bzw. 4-wöchentlichen Rhythmus. Im Juli 1998 wurden aufgrund des verstärkten Algenwachstums und damit verbundener geringer Sichttiefe von unter 35 cm an den Badestellen, am Rangsdorfer See, am Großen Wünsdorfer See und am Mellensee Warnhinweise angebracht. Über die Badewasserqualität erfolgten in regelmäßigen Abständen Pressemitteilungen.

Bei der jährlichen Hygieneüberwachung von Einrichtungen wurde besonders der hygienische und bauhygienische Zustand von Obdachlosenheimen sowie z. T. von Heimen für Asylbewerber und Aussiedler bemängelt und entsprechende Maßnahmen gefordert.

Im *Kinder- und Jugendgesundheitsdienst* wurde im Interesse der Früherkennung von gesundheitlichen Störungen und Behinderungen besonderes Augenmerk auf die jährlichen Untersuchungen in den Kitas gelegt, mit dem Ziel, Frühfördermaßnahmen rechtzeitig einzuleiten. Während 90 % aller Kinder ein Jahr vor der Einschulung untersucht werden konnten, ist der Untersuchungsstand von 30 % der Zwei- bis Vierjährigen nicht befriedigend. Hier ist bei begrenztem Personalbestand im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst zukünftig die Veränderung der Schwerpunkte von Arbeitsaufgaben vorgesehen. Die Einschüler wurden zu 100 % untersucht. Insgesamt wurden im Schuljahr 1997/98 2.576 Vorschulkinder und 4.356 Schüler der 6. und 10. Klassen in Reihenuntersuchungen erfasst. Wegen Kontroll- oder behandlungsbedürftiger Befunde wurden 1.318 Überweisungen (19 %) ausgestellt. 4.045 Impfungen wurden verabreicht, wobei die vom Land Brandenburg initiierte Masern-Mumps-Röteln-Impfkation in den 6. Klassen fortgesetzt wurde. Gemeinsam mit den niedergelassenen Ärzten wird auf einen ausreichenden Impfschutz bei allen impfpräventablen Krankheiten hingewirkt.

Die jährlichen zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen des *Zahnärztlichen Dienstes* erfolgten bei 23.277 Vorschulkindern und Schülern. Mit Prophylaxemaßnahmen, insbesondere im Rahmen der Gruppenprophylaxe, wurden 14.351 Kinder sowie 10.503 Kinder ein zweites Mal erreicht. Es ist als Erfolg dieser Maßnahmen zu werten, dass die Anzahl der kariösen Gebisse bei sechs- und neunjährigen Kindern rückläufig ist.

Der *Sozialmedizinische Dienst* berät und betreut Behinderte, chronisch Kranke und Krebskranke insbesondere bei sozialen Problemlagen und Krisensituationen und ist auch aufsuchend tätig. Neben chronischer Krankheit oder bestehender Behinderung wirken zunehmend Alleinsein und Unbestätigtsein bei fehlenden Arbeitsmöglichkeiten krankheitsverstärkend. Deshalb wurde auch 1998 die Bildung von Selbsthilfegruppen unterstützt. Es wurden sechs neue Gruppen für chronisch Kranke gegründet. Sie werden je nach Bedarf von den Sozialarbeitern des Gesundheitsamtes begleitet.

Im März 1998 wurde der Wegweiser "Gesundheit und Soziales" vom Gesundheitsamt allen Kommunen, Beratungsdiensten und freien Trägern im Landkreis zur Verfügung gestellt. Er gibt eine kurze inhaltliche Übersicht mit Adressen über ambulante und stationäre Einrichtungen, Dienste und Selbsthilfeinitiativen im gesundheitlichen und sozialen Bereich des Landkreises Teltow-Fläming und dient zur Vermittlung dieser Angebote an Betroffene und hilfeschuchende Bürger. Aufgrund der regen Nachfrage sind alle 300 Exemplare ausgegeben worden. Eine überarbeitete Neuauflage ist vorgesehen.

Bei der Bewältigung des angestiegenen Arbeits- und Beratungsaufwandes im *Sozialpsychiatrischen Dienst* hat sich die territoriale und netzartige Betreuung durch die Nebenstellen weiterhin bewährt. Die Zahl der betreuten psychisch Kranken und Alkoholkranken ist in den letzten Jahren annähernd gleich geblieben. Gestiegen ist jedoch die Anzahl der Hausbesuche. U.a. nehmen immer mehr sozial schwache Klienten wegen der erhöhten Fahrkosten für öffentliche Verkehrsmittel die notwendigen Hilfen der Beratungsstellen nicht in Anspruch. Damit verbunden sind zunehmend psychiatrische Krisensituationen, die einen Hausbesuch erfordern. Ein wesentlicher Bestandteil der sozialpsychiatrischen Betreuung sind die Gesprächsgruppen und die Unterstützung der Selbsthilfegruppenarbeit. In den Bereichen Luckenwalde, Ludwigsfelde und Jüterbog ist eine Zunahme von Hilfesuchenden zu verzeichnen, die sich wegen illegalen Drogenkonsums an das Gesundheitsamt wenden. Der betroffene Personenkreis sind vor allem Lehrlinge und Schüler oberer Klassen (hauptsächlich Haschisch, Marihuana, Ecstasy und andere Partydrogen). In der Mehrzahl melden sich besorgte Angehörige. Die Kontakte der betroffenen Konsumenten erfolgen meist nur kurzzeitig, so dass eine nachhaltige Hilfe bzw. Vermittlung von Hilfen kaum möglich ist. Auch hier wird der Wille zur Bildung von Selbsthilfegruppen vom Gesundheitsamt unterstützt.

Einen wichtigen Ansatzpunkt zur *Gesundheitsförderung* sieht das Gesundheitsamt in der Öffentlichkeitsarbeit und Förderung der Prävention, insbesondere der Suchtprävention. Zur schrittweisen Umsetzung des Konzeptes zur Suchtprävention mit Kindern und Jugendlichen initiierte die Arbeitsgruppe Suchtprävention der Arbeitsgemeinschaft Gesundheitsförderung im Landkreis Teltow-Fläming eine Projektwoche zur praktischen Suchtprävention "Der Sucht vorbeugen". Sie fand am 23./24. Juni 1998 in der Gesamtschule I, Luckenwalde, mit insgesamt 39 Projekten statt. Sie hatte das Anliegen, nachahmenswerte Beispiele vorzustellen, Ansprechpartner zu benennen sowie die Vernetzung von Fachinstanzen und Multiplikatoren zu fördern. Mit dem gleichen Anliegen unterstützte das Gesundheitsamt ein Aufbauseminar "Erlebnissräume schaffen" für Multiplikatoren der Kinder- und Jugendarbeit. Weitere Schwerpunkte sind die AIDS-Aufklärung und Sexualpädagogik.

Gemeinsam mit dem Sozialamt wurde im Rahmen der Sozialplanung die Altenhilfeplanung als Teil der Kreisentwicklungsplanung erarbeitet. Sie erfasst den Bestand der Angebote von stationärer und ambulanter Altenhilfe im Landkreis Teltow-Fläming und trifft Feststellungen zu quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten und Defiziten in der Versorgung.

Aus der Sicht des **Staatlichen Schulamtes für den Landkreis Teltow-Fläming** umfasst das Kalenderjahr 1998 sowohl das zweite Schulhalbjahr 1997/98 als auch das erste von 1998/99.

Im Kreis Teltow-Fläming besuchen zur Zeit etwa 24.000 Schülerinnen und Schüler in knapp 1.000 Klassen die insgesamt 70 Schulen. Sie werden von etwa 1600 Lehrkräften unterrichtet.

In dem Eingangsjahrgang der Primarstufe wurden 1998 in 50 Klassen mehr als 1100 Schüler aufgenommen. Das entspricht einer Klassenfrequenz von etwa 22 Schülern und bedeutet einen nochmaligen Rückgang von 23 Klassen und gut 500 Schülern zum Vorjahr.

Der Vergleich der letzten fünf Einschulungsjahrgänge zeigt die dramatische Situation:

Schuljahr	Schüler	Klassen	Frequenz
1994/95	2230	94	23,7
1995/96	2090	86	24,0
1996/97	1970	85	23,2
1997/98	1630	67	24,3
1998/99	1110	50	22,2

Damit ist nach den uns vorliegenden Prognosen der vorläufige Tiefpunkt der Einschulungszahlen erreicht. Auf diesem Niveau scheinen sich die Schülerzahlen mit einer leicht positiven Tendenz zu stabilisieren. Es ist nur natürlich, dass dies zunehmend gravierende Auswirkungen auf die Schullandschaft hat. So wurden zum Ende des Schuljahres 1996/97 die Nicolai-Grundschule in Jüterbog und die Grundschule Kummersdorf-Alexanderdorf geschlossen. Die Grundschule V in Luckenwalde wurde nach dem Schuljahr 1997/98 aufgelöst. Zum Schuljahr 1998/99 wurde an sechs Standorten keine Klassenbildung im Eingangsjahrgang vorgenommen. Damit wird in der Regel die Auflösung einer Schule - bzw. deren Änderung - eingeleitet.

Die Aufnahme in die weiterführenden allgemeinbildenden Schulen (Sekundarstufe I) erfolgte auch 1998 durch das vorgeschriebene Übergangsverfahren. Eine Besonderheit des Jahrgangs 1998/99 war, dass knapp 150 Schüler (d. h. etwa 6 Klassen) mehr unterzubringen waren als im Vorjahr.

Die Bildungsgangwünsche der Eltern erbrachten bei insgesamt 2.210 Schülern des Landkreises Teltow-Fläming folgendes Bild:

Bildungswunsch	Schüler	Prozent
Erweiterte Berufs- bildungsreife	516	23,3
Fachoberschulreife	763	34,5
Allgemeine Hoch- schulreife	927	42,2

Auf Antrag der Schulträger wurde durch das Staatliche Schulamt in acht Fällen eine dringend notwendige Kapazitätserweiterung um jeweils einem Zug vorgenommen. Dies betrifft die Gesamtschulen in Sperenberg, Luckenwalde, Mahlow und Ludwigsfelde, die Gymnasien in Luckenwalde und Jüterbog sowie die Realschule in Ludwigsfelde. Danach konnte das Verfahren im wesentlichen ohne größere Probleme abgeschlossen werden.

Schließlich ergab sich zum Schuljahresbeginn die folgende Verteilung:

Schulform	Anzahl	Klassen 7	Schüler	Prozent
Realschulen	5	14	380	16,9
Gesamtschulen	16	45	1.194	53,1
Gymnasien	6	24	676	30,0

Auch im Bereich der Sekundarstufe I ergaben sich Veränderungen in der Schullandschaft. So wurde die Gesamtschule Stülpe in eine Grundschule umgewandelt. Die Gesamtschule Blankenfelde wurde aufgelöst.

Im Bereich der Sekundarstufe II entstanden neue Bedingungen besonders in den Einrichtungen der Berufsausbildung.

Grundlegende strukturelle Veränderungen im Oberstufenzentrum, die mit Investitionen in Millionenhöhe verbunden sind, führen in den nächsten Jahren zu einer weiteren inhaltlichen Bündelung und deutlichen Qualitätssteigerung der Berufsausbildung.

Im Ergebnis werden an zwei Standorten (Hauptstandort Luckenwalde und Ludwigsfelde) nahezu 100 Lehrer die Jugendlichen in folgenden Berufsfeldern ausbilden:

- Metalltechnik, Elektrotechnik, Bautechnik (Abteilung I);
- Wirtschaft und Verwaltung (Abteilung II);
- Gesundheit, Ernährung, Hauswirtschaft (Abteilung III) sowie
- Farbe/Raumgestaltung (Abteilung IV).

Damit sichert der Landreis als Schulträger ein breites und der zunehmenden wirtschaftlichen Kraft und Vielfalt des Landkreises Teltow-Fläming entsprechendes Angebot.

Das Jahr 1998 brachte mit dem Anlauf der zweiten großen Verbeamtungswelle im Lehrerbereich für die Schulräte und die verwaltungsfachlichen Mitarbeiterinnen einen enormen Arbeitsaufwand, der vor allem die Personalstelle an die Grenze des Leistbaren brachte.

Nachdem im Frühjahr die gesetzlichen Voraussetzungen für die sogenannte Verbeamtung in Einstellungszeit geschaffen waren, wurde die Verbeamtung zügig durchgeführt. Bis zum Jahresende sind mehr als 300 Lehrer auf der Basis eines Vertrages mit 2/3 der Vollzeit verbeamtet. Insgesamt sind vom Staatlichen Schulamt mit enormen Kraftaufwand etwa 750 der insgesamt 1.600 Lehrkräfte verbeamtet worden.

Für diejenigen Lehrkräfte, die z. B. wegen des Alters oder des Gesundheitszustandes nicht verbeamtet werden können, wird zurzeit die Umsetzung einer landesweiten Beschäftigungsvereinbarung inhaltlich und technisch vorbereitet.

Dabei geht es um eine ähnliche Flexibilität (2/3 der Vollbeschäftigung als Sockel) wie bei den Beamten und um einen einzelvertraglich vereinbarten Kündigungsschutz.

Insgesamt brachte auch das Kalenderjahr 1998 deutliche Fortschritte bei der Weiterentwicklung der Schullandschaft und der weiteren Ausgestaltung unserer Schulen auf der Grundlage des Schulgesetzes. Die materiellen Bedingungen für die Bildung und Erziehung unserer Mädchen und Jungen wurden durch großes Engagement aller Schulträger weiter verbessert.

## Dezernat IV

Nach ausführlicher Berichterstattung über die Schwerpunkte der Arbeit im Dezernat III folgen nun Informationen zu den Ämtern des Dezernates IV, als erstes zum **Planungsamt**.

Am 21.03.1998 trat der Gemeinsame Landesentwicklungsplan für den engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin in Kraft. Im vorangehenden Beteiligungsverfahren wurde der Landkreis Teltow-Fläming gehört. Der jetzt vorliegende Plan gliedert sich in abwägungspflichtige Grundsätze, die bei Planungsentscheidungen in die Abwägung einzustellen und beachtungspflichtige Ziele, die eine Letztentscheidung der Landesplanung darstellen und konkret umzusetzen sind.

Mit Genehmigung des Regionalplanes Havelland-Fläming durch die Landesplanungsbehörde am 23.02.1998 und seiner Bekanntmachung am 11.09.1998 im Amtlichen Anzeiger Nr. 36, Beilage zum Amtsblatt für Brandenburg Nr. 37 ist der Regionalplan verbindlich. Die darin enthaltenen Ziele gelten als abgewogen und sind zu beachten. Die Grundsätze sind durch die Träger raumbedeutsamer Planungen zu berücksichtigen, das heißt unter Beachtung der Umstände des Einzelfalls gegen andere zu berücksichtigende Belange abzuwägen.

Mit beiden Plänen werden die Ziele der Raumordnung und Landesplanung konkretisiert. Für die Planungen des Landkreises und der Gemeinden erwächst die Anpassungspflicht an diese Ziele.

Die Erarbeitung konzeptioneller Zielvorstellungen für die Entwicklung des Landkreises unter Beachtung bzw. Berücksichtigung übergeordneter Planungen wurde kontinuierlich weitergeführt. Nach wie vor genießt die Erarbeitung der Kreisentwicklungskonzeption den Vorrang. Ein erster Entwurf wird im Frühjahr 1999 vorliegen und im Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung vorgestellt werden.

Der Flächennutzungsplan (FNP) der Gemeinde Nuthe-Urstromtal konnte einer Genehmigung zugeführt werden, so dass jetzt fünf Gemeinden über einen genehmigten FNP und die Stadt Jüterbog über einen genehmigten Teilflächennutzungsplan verfügen.

Das Amt „Am Mellensee“ legte in diesem Jahr erstmals die Entwicklungsabsichten der Gemeinden in FNP-Entwürfen der Kreisverwaltung dar. Die Gemeinden orientieren sich auf eine landschaftsbezogene Erholung, auf die Verbesserung der Wohnverhältnisse aber auch auf die Umnutzung bzw. Renaturierung der Konversionsflächen.

Als konkrete Planungen auf Konversionsflächen in den Gemeinden des Kreises wären zu nennen:

- Kummersdorf Gut Gewerbegebiet „An der Försterwiese“ in Verbindung mit der Errichtung des Technologie- und Entwicklungszentrums Horstwalde (ehemals FKVV)
- Wünsdorf/Ortsteil Waldstadt Gewerbegebiet „Gutstedtstraße“ Einfamilienhausgebiet „Am Eichenhain“
- Rangsdorf Wohngebiet „Rangsdorf Süd-West“ Errichtung einer internationalen Privatschule am Standort des ehemaligen Offizierskasinos

Die B 101 stellt neben der B 96 die wichtigste Straßenverbindung des Landkreises Teltow-Fläming in Nord-Süd-Richtung dar. Zwischen den Bundesautobahnen A 9 und A 13 hat sie die Aufgabe, den überregionalen Verkehr der Region Trebbin, Luckenwalde, Jüterbog in und aus Richtung Berlin in die südlich von Jüterbog liegenden Landesteile zu leiten. Der zügige Ausbau der B 101 ist entscheidende Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landkreises und den wirtschaftlichen Aufschwung des Regionalen Entwicklungszentrums Jüterbog/Luckenwalde. Deshalb setzt sich der Landkreis Teltow-Fläming für einen vierstreifigen Ausbau der B 101 bis Luckenwalde ein.

Für die Straßenneuplanungen Ortsumgehung Dabendorf, K 7234, und Ortsumgehung Baruth, K 7225, ist die Entwurfsplanung fertiggestellt. Im Dezember 1998 wird die Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens beantragt. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Pläne 1999 festgestellt werden. Gemäß § 75 Verwaltungsverfahrensgesetz des Landes Brandenburg in Verbindung mit § 39 Brandenburgisches Straßengesetz ist mit der Realisierung der Maßnahme innerhalb von fünf Jahren nach Planfeststellung zu beginnen. Auf Antrag kann die Planfeststellungsbehörde nochmals eine Verlängerung von fünf Jahren gewähren.

Zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur erfolgte im Jahr 1998 die planerische Vorbereitung mehrerer Projekte.

Mit Zuwendungsbescheid vom 07.07.1998 wurden Fördermittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" in Höhe von 15,3 Mio DM für die Planung und den Bau eines 170 km touristischen Radweges mit integriertem Inline-Skater-Rundkurs für den Zeitraum vom 01.01.1999 bis 31.12.2001 bewilligt. Das Verhandlungsverfahren mit drei Bietern wird derzeit vorbereitet, um im nächsten Jahr mit der

zügigen Umsetzung der Maßnahme sowohl planerisch als auch bau-  
seitig beginnen zu können.

Um den Landschaftsraum des Landkreises besser erleben zu kön-  
nen, besteht die Notwendigkeit, den Wanderern ein gut ausgebau-  
tes Wegenetz zu bieten. Deshalb beauftragte der Landkreis ein  
Büro mit der Planung eines Wanderwegenetzes von Ost nach West  
im Raum zwischen Zossen und Trebbin. Der Weg umfasst eine Länge  
von ca. 100 km. Die Planungen dazu konnten im Oktober 1998 ab-  
geschlossen werden. Den Gemeinden wurde damit eine Wegenetzpla-  
nung übergeben, die mit Unterstützung des Vereins für Land-  
schaftspflege und Umweltschutz Teltow-Fläming e. V. realisiert  
werden soll.

Konversion erlebbar zu gestalten, findet im "Heidehof" seine  
Umsetzung. Mit Unterstützung der Brandenburgischen Boden Ge-  
sellschaft (BBG) wird ein touristisches Konzept rund um den  
Golmberg vorbereitet. Durch dieses Wegenetz für Wanderer soll  
der Aufstieg zur Spitze des "Golmberges" und des "Kleinen Golm-  
berges" erschlossen werden. Mit der BBG wurde die Überlassung  
bzw. Mitnutzung der dafür notwendigen Flächen vereinbart. Für  
die mittelfristige planerische und bauliche Umsetzung ist die  
Inanspruchnahme von Fördermitteln vorgesehen. Das Wegenetz von  
Ließen zum Golm wird in das Rad- und Inline-Skaterwegenetz ein-  
gebunden. Ebenso erfolgt die Anbindung an das Wanderwegesystem  
der Gemeinde Nuthe-Urstromtal und des Amtes Baruth.

Das Rad-, Reit- und Wanderwegenetz des Raumes nördlich der  
Autobahn, das gemeinsam mit dem Verein für Landschaftspflege  
und Umweltschutz Teltow-Fläming e. V. bereits abschließend ge-  
plant wurde, erfährt, wie vom Ausschuss für Regionalentwicklung  
gefordert, eine Erweiterung in südlicher Richtung. Dafür wurden  
Planungsleistungen in Auftrag gegeben. Ziel ist es, einen  
Lückenschluss zwischen dem Norden des Landkreises und den Wege-  
netzen im sich anschließenden bereits kommunal beplanten Be-  
reich herzustellen.

Die im geografischen Informationssystem durch das Planungsamt  
digital dargestellten verbindlichen Bauleitplanungen sind für  
den engeren Verflechtungsraum erfasst und jederzeit abrufbar.  
Die gleichen umfangreichen Informationen für den äußeren Ent-  
wicklungsraum werden im Frühjahr 1999 vorliegen. Mit Hilfe ent-  
sprechender Auswertungen lässt sich die Entwicklung des Kreises  
überzeugend darstellen. Das trägt auch zur besseren und schnel-  
len Beurteilung planerischer Maßnahmen gleich welcher Art bei.

Weiterhin berichtet werden soll über **das Kataster- und Vermes-  
sungsamt**, welches seinen Sitz in Waldstadt hat.

Nach Hochrechnungen auf der Basis der Zahlen vom 30.10.1998 er-  
gibt sich für die Bereiche Messungsvorbereitung und Übernahme

von Messungen in das Liegenschaftskataster ein weiterhin steigender Auftragseingang im Vergleich zum Vorjahr.

Über eine für die Bürger sehr erfreuliche Verbesserung kann in diesem Jahr berichtet werden. Die Dauer für die Übernahme einer Vermessung in das Liegenschaftskataster betrug in den vergangenen Jahren 10 bis 12 Monate. Aufgrund der vielen Vermessungen hatte sich ein erheblicher Antragsstau gebildet. Durch organisatorische Maßnahmen ist es gelungen, den Antragsstau abzubauen, so dass es künftig nur 4 bis 6 Wochen dauern wird, bis eine Vermessung in das Liegenschaftskataster übernommen wurde.

#### *Überwachung der Gebäudeeinmessungspflicht*

Nach dem Vermessungs- und Liegenschaftsgesetz Brandenburg sind alle nach 1992 errichteten Gebäude einmessungspflichtig. Seit 1996 werden die Genehmigungen ausgewertet und die Bauherren, die ihrer Verpflichtung noch nicht nachgekommen sind, auf die Einmessungspflicht hingewiesen. In einigen Fällen muss die Einmessung - von Amts wegen - bei Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren in Auftrag gegeben werden. Die Kosten werden verauslagt und über Gebührenbescheid vom Eigentümer zurückgefordert.

Seit Beginn dieser Maßnahme sind 3.504 Baugenehmigungen erfasst und ausgewertet. Endgültig abgeschlossen sind 1.174 Vorgänge.

#### *Automatisiertes Liegenschaftsbuch*

Das Automatisierte Liegenschaftsbuch ALB (EDV-geführter, buchmäßiger Nachweis aller Flurstücke im Kreisgebiet) musste zu den üblichen Änderungs- bzw. Übernahmearbeiten mit den Auswirkungen der Gemeindegebietsänderungen überarbeitet werden. Im laufenden Jahr wurden bis zum Stichtag rund 12.051 Änderungen in das ALB eingegeben.

Durch das Land Brandenburg wurde das Amt 62 mit einem neuen Datenbankserver ausgerüstet, so dass in absehbarer Zeit die Gemeinden/Ämter über einen Online-Anschluss den direkten Zugriff auf diese Daten haben werden.

#### *Automatisierte Liegenschaftskarte*

Der Aufbau der Automatisierten Liegenschaftskarte ALK (EDV-geführtes geographisches Basisinformationssystem) wird verstärkt vorangetrieben. Das Land Brandenburg hat dem Amt für die Datenbankhaltung einen weiteren Datenbankserver zur Verfügung gestellt. Der zügige Aufbau der Datenbank, verbunden mit einer Umstellung des Koordinatensystems auf ein einheitliches europäisches Grundlagensystem, hat begonnen.

## *Satellitengestütztes Vermessungswesen*

Seit Juli 1998 ist das auf dem Dach und in den Räumen des Dienstgebäudes in Wünsdorf/Waldstadt installierte GPS-System in Betrieb genommen. Hierdurch wird den interessierten Stellen (vorwiegend Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure und andere privilegierte Vermessungsstellen) der Zugang zum satellitengestützten Navigationssystem ermöglicht. Es ergeben sich für bestimmte Arbeiten im Außendienst und entsprechende Folgearbeiten erhebliche Verbesserungen.

Das GPS-System ist außerdem noch in Belzig und Brandenburg installiert, so dass in diesem Dreieck, mit der Rechenzentrale im Landesvermessungsamt in Potsdam, die ersten Erfahrungen für das Land Brandenburg gesammelt werden können. Eine flächendeckende Einführung für das gesamte Bundesgebiet ist angelaufen.

## *Ausbildungssituation*

Im laufenden Jahr wurden vier Auszubildende für den Beruf des Vermessungstechnikers vom Landkreis Teltow-Fläming eingestellt. In den vergangenen Jahren wurden üblicherweise jeweils zwei Auszubildende eingestellt und die finanziellen Mittel - wie für das Kataster- und Vermessungsamt insgesamt - gemäß § 3 der Landkreisordnung durch das Land Brandenburg erstattet. In diesem Jahr hat der Landkreis der besonderen Situation auf dem Ausbildungsmarkt Rechnung getragen und auf eigene Initiative und Rechnung zwei zusätzliche Ausbildungsstellen geschaffen.

In der **Unteren Bauaufsichtsbehörde** kann festgestellt werden, dass - wie bereits im letzten Jahr - auch im abgelaufenen Kalenderjahr die Bautätigkeit allgemein nochmals um ca. 10 % zurückgegangen ist. Auf die eingekommenen Baugenehmigungsgebühren wirkt sich das noch gravierender aus. Hier ist ein Rücklauf von ca. 20 % zu verzeichnen. Dies erklärt sich dadurch, dass in der Summe kleinere Bauvorhaben durchgeführt worden sind als in den letzten Jahren. Häufig waren Lückenschließungen im bauplanungsrechtlichen Innenbereich oder bauliche Änderungen Verfahrensgegenstand. Die Zeit des großen Baubooms (häufig auf der grünen Wiese) scheint endgültig vorbei zu sein.

Insgesamt liegt das Schwergewicht der baulichen Tätigkeit nach wie vor im Bereich des engeren Verpflechtungsraums zur Bundeshauptstadt Berlin. Dies gilt sowohl für den Wohnungsbau als auch für gewerbliche Vorhaben. Das Schwergewicht der gewerblichen Bauvorhaben lag eindeutig im Raum Ludwigsfelde. Dort sind insbesondere die beiden großen Gewerbeparks zu erwähnen, besonders hervorzuheben ist hier das Produktions- und Distributionszentrum von Coca-Cola im Brandenburg-Park. Die größte Entwick-

lung hat aber im vergangenen Jahr das Güterverkehrszentrum in Großbeeren genommen. Dort hat es zahlreiche Neuansiedlungen (unter anderem Distributionszentren von ALDI und LIDL) gegeben.

In all diesen Verfahren ist die Bauaufsicht bemüht, im Sinne der Antragsteller schnell und unkompliziert zu agieren und die Antragsteller möglichst im Vorfeld der Verfahren schon intensiv zu beraten, so dass die in den Verfahren liegenden Schwierigkeiten möglichst frühzeitig ausgeräumt werden können. Die Verfahrensdauer der bauaufsichtlichen Verfahren beträgt zur Zeit im Schnitt knapp unter vier Monaten. Dies ist kein schlechtes Ergebnis; Ziel der Bauaufsicht ist es aber, für die Genehmigung von Bauanträgen durchschnittlich nicht länger als drei Monate zu benötigen. Dies ist nicht einfach, zumal die Genehmigungsbehörde die Verfahren zwar steuern kann, dabei aber auf das Mitwirken zahlreicher verfahrensbeteiligter Behörden angewiesen ist und auch - nicht zuletzt - auf die Qualität der eingereichten Bauvorlagen. Obwohl also objektive Schwierigkeiten zu überwinden sind, wird in der Bauaufsicht alles daran gesetzt werden, dieses Ziel zu erreichen.

Gerade bei gewerblichen Vorhaben wird dies auch jetzt schon überwiegend erreicht, obwohl diese Verfahren ihrer Natur nach sehr komplex sind und regelmäßig zahlreiche Fachbehördenbeteiligungen erfordern. Hier werden aber alle Beschleunigungsmöglichkeiten ausgeschöpft, wohlwissend, dass es vorrangige Aufgabe der Verwaltung ist, ihren Teil dazu zu leisten, dass in unserem Landkreis auf diese Weise neue Arbeitsplätze entstehen können und in den entstehenden Betrieben perspektivisch Wertschöpfung stattfinden kann, die ihrerseits wieder positive Auswirkungen auf die Gesamtentwicklung der Region entfaltet.

Im Bereich der repressiven bauaufsichtlichen Tätigkeit konnten im Laufe des letzten Jahres teilweise erhebliche Fortschritte erzielt werden. Durch Stellenbesetzungen und interne Qualifikationsmaßnahmen ist es möglich geworden, entschiedener und in größerem Umfang auf baurechtswidrige Zustände zu reagieren. Im abgelaufenen Kalenderjahr sind ca. 40 % mehr Bußgeldbescheide erlassen worden als im vergangenen Jahr. Im Bereich der Ordnungsverfügungen sind über 600 Verfahren abgeschlossen worden. In diesem Zeitraum sind allein über 400 illegale Werbeanlagen entfernt worden, was einen nachhaltigen Einfluss auf das Orts- und Landschaftsbild der jeweils betroffenen Bereiche haben dürfte.

Im **Wohnungsförderungsamt** kann registriert werden, dass seit der Wende für den Landkreis Teltow-Fläming vom Land Brandenburg für den Neubau von 1.883 Wohnungen Fördermittel bewilligt wurden. Durch diese intensiven Fördermaßnahmen erfolgte die Lösung eines Großteils der wohnungspolitischen Probleme im Landkreis.

In diesem Jahr wird noch größerer Wert darauf gelegt, Wohnungsneubau nur noch an solchen Stellen zuzulassen, wo es gelingt, durch diese Neubaumaßnahmen vorrangig in den Innenstädten gleichzeitig städtebauliche Missstände abzubauen. Gegenwärtig befinden sich noch 48 Anträge für 1.270 neu zu bauende Mietwohnungen in Bearbeitung. Die Zahl der Wohnungssuchenden im Landkreis konnte auch durch umfangreiche Fördermaßnahmen im Bereich der Wohneigentumsförderung reduziert werden. Bis einschließlich Oktober 1998 wurde für 125 Familien der Bau eines Eigenheims gefördert. Insgesamt unterstützte das Land 993 Familien beim Bau oder Erwerb ihres Eigenheimes.

Der Schwerpunkt der Förderung konzentriert sich aber auch im Jahr 1998 auf die Modernisierung und Instandsetzung bzw. Revitalisierung vorhandener Mietwohnungen. 1998 wurden sich insgesamt 101 Anträge für 2.185 Wohnungen des Landkreises Teltow-Fläming bearbeitet, davon 32 Anträge im Bereich der GUS-Modernisierung.

In diesem Programm war es 1998 aus Sicht der Kreisverwaltung erstmals notwendig, Antragstellern die Befürwortung ihrer Fördermittelanträge zu versagen, weil an einigen Standorten die Zahl der durch Konversion geschaffenen Mietwohnungen den örtlichen Wohnungsbedarf übersteigt, wie zum Beispiel in der Gemeinde Niedergörsdorf. Im Gegensatz hierzu werden die Mietwohnungen in der Waldstadt von der Bevölkerung sehr gut angenommen und entlasten auch angrenzende Ämter und Gemeinden. Bis einschließlich 1998 wurden ca. 1.100 geförderte Wohnungen in Waldstadt fertiggestellt.

Der Schwerpunkt der Prüfaufgaben im Rahmen der Sonderaufsicht über das Wohnungswesen konzentrierte sich 1998 auf die Erhebung von Daten zur Sicherung der Zweckbestimmung von Wohnraum entsprechend § 2 Wohnungsbindungsgesetz sowie die Einhaltung von Bindungen und Auflagen aus den Bewilligungsbescheiden. Schwerwiegende Verstöße wurden nicht festgestellt.

Im Sachgebiet Wohngeld wurden im Jahr 1998 für den Zuständigkeitsbereich der Kreisverwaltung (die Städte Luckenwalde und Ludwigsfelde haben eigene Wohngeldstellen) rund 10.000 Anträge auf Bewilligung eines Miet- bzw. Lastenzuschusses bearbeitet, von denen 4.772 bis zum Oktober 1998 bewilligt wurden.

Im gleichen Zeitraum des Vorjahres erhielten 4.947 Familien oder Einzelpersonen Wohngeld, was einen leichten Rückgang der Bewilligung erkennen lässt.

Die Wohngeldempfänger erhalten durchschnittlich einen Zuschuss von 193,87 DM (im Vorjahr 188,30 DM). Ausgehend von Durchschnittswerten im Vergleich mit den Vorjahreswerten beträgt die Haushaltsgröße 1,52 Personen gegenüber 1,47 Personen 1997. Die der Bewilligung zu Grunde liegende Durchschnittsmiete liegt mit 361,82 DM um 38,00 DM höher als im Vorjahr. Auf der Grundlage des Gesetzes zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms (FKP) wurden in diesem Jahr berechnete Rückforderungen in Höhe von 149.008,93 DM geltend gemacht.

Das **Hoch- und Tiefbauamt** arbeitet mit seinen drei Säulen

- *Hochbau* (Neubau, Umbau und bauliche Unterhaltung von Gebäuden und Außenanlagen, in enger Kooperation mit Fachämtern der Kreisverwaltung, die bauliche Anlagen zu ihrer Aufgabenerfüllung benötigen)
- *Tiefbau* (Neubau, Ausbau und bauliche Unterhaltung des kreislichen Straßen- und Radwegenetzes, einschließlich der im Netz enthaltenen Brücken und Durchlässe) und
- *Bauhof* (Pflege und Mängelbeseitigung im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht am gesamten Kreisstraßen- und Radwegenetz)

#### *Sachgebiet Hochbau*

In diesem Sachgebiet wurden neben Neubauten im Schul- und Berufsbildungsbereich umfangreiche Rekonstruktions- und Instandsetzungsarbeiten an kreiseigenen Hochbauten vorgenommen. Im Investitions- und Rekonstruktionsbereich wurden 24,4 Mio DM verbaut. Damit wurden die bereits begonnenen Baumaßnahmen weitergeführt, aber auch neue Investitionen in Angriff genommen. Die wichtigsten davon waren:

- die Fortführung der Neu- und Umbauarbeiten am Oberstufenzentrum Standort Ludwigsfelde,
- die Fortführung der Umbauarbeiten am Altbau des Gymnasiums in Luckenwalde,
- Beginn des Neubaus einer Förderschule für Geistig- und Schwerstmehrfachbehinderte in Jüterbog,
- die Vorbereitung und der Baubeginn einer Drei-Feld-Turnhalle am Gymnasium in Ludwigsfelde,
- der Abschluss von Umbauarbeiten im Hauptgebäude der Allgemeinen Förderschule Jüterbog.

Aber auch kleinere dringend notwendige Baumaßnahmen, wie z. B. die Sanierung der Flure im Gymnasium Rangsdorf und Jüterbog sowie von Klassenräumen im Gymnasium Ludwigsfelde wurden realisiert. Mit weiteren Modernisierungen an der Bausubstanz und den Außenanlagen der Schullandheime in Dobbrikow und Gröben konnte der Gesamtstandard dieser Einrichtungen für die dort untergebrachten Kinder weiter erhöht werden.

Mit diesen Baumaßnahmen wird deutlich, welchen Stellenwert der Landkreis den Lern- und Lehrbedingungen speziell im Schulbereich widmet.

Für die Werterhaltung kreiseigener Gebäude wurden im laufenden Haushaltsjahr 800 TDM eingesetzt. Zur Umsetzung von Bauaufträgen wurden insgesamt 91 Vergaben mit einem Finanzvolumen von 17,7 Mio DM ausgeschrieben. Davon wurden 6,4 Mio DM an Handwerksbetriebe und Gewerbetreibende des Landkreises Teltow-Fläming vergeben. In der Region Brandenburg/Berlin verblieben 95 % der ausgeschriebenen Bausummen.

#### *Sachgebiet Tiefbau*

Wie in den Vorjahren lag der Arbeitsschwerpunkt in der weiteren baulichen Erhaltung und Verbesserung des rund 200 km langen Kreisstraßennetzes, einschließlich vorhandener Brücken und Durchlässe. Dafür wurden ca. 1,15 Mio DM investiert. Das straßenbegleitende Radwegenetz wurde um 1,6 km auf insgesamt 36,6 km verlängert.

Die wichtigsten Vorhaben waren:

- Erneuerung des Durchlasses bei Grüna
- Erneuerung des Durchlasses bei Ruhlsdorf
- Instandsetzung der Fahrbahndecke zwischen den Orten Gottow und Schönefeld.
- Neugestaltung des Kreuzungsbereiches und Kurvenausbau in der Ortslage Klein Schulzendorf
- Neubau eines Radweges zwischen den Orten Mellensee und Rehagen
- Erneuerung der Ortsdurchfahrt Werben einschließlich Radweg
- Instandsetzung der Fahrbahndecke einschließlich Verbreiterung der Straße im Gewerbegebiet Birkengrund Süd in Ludwigsfelde.
- Neubau eines Radweges an der B 101 zwischen den Orten Trebbin-Kliestow

Fördermittel aus dem Programm des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) wurden für den Straßenbau 1998 nicht bewilligt, weil der Rahmen für die Bereitstellung von Fördermitteln bereits mit Brückenbaumaßnahmen der Deutschen Bahn AG (Birkengrund Süd) ausgeschöpft war.

Im Rahmen der Straßenunterhaltung wurden aus kreiseigenen Mitteln Aufträge in einem Wertumfang von 500 TDM (Reparatur von Straßendecken, Erneuerung von Leitpfosten, Fahrbahnmarkierungs-erneuerungen, Baumschnitt, Bankettpflege, Beschilderung, Ersatzpflanzung von Bäumen) realisiert.

Im Rahmen der Straßenaufsichtspflicht wurde den Gemeinden bei Bedarf Hilfestellung bei der Vorbereitung und Durchführung von Straßenbaumaßnahmen gegeben.

Der Winterdienst auf dem Kreisstraßennetz wurde durch leistungsfähige und autorisierte Firmen aus den entsprechenden Regionen des Landkreises vertraglich gebunden und witterungsbedingt abgesichert. Auf den straßenbegleitenden Radwegenetz wurde der Winterdienst durch den kreiseigenen Bauhof bedarfsgerecht übernommen.

#### *Bauhof*

Neben den Standardleistungen des Bauhofes (Leitpfosten waschen, Bankettpflege, Rasenmähen, Wildwuchsbeseitigung, Umsetzung verkehrsrechtlicher Anordnung) wurde auf vielen Abschnitten des Kreisstraßennetzes eine großflächige Sanierung der Fahrbahnoberflächen vorgenommen. Auf kreiseigenen Liegenschaften wurden im begrenzten Umfang Pflegearbeiten durchgeführt. Im Rahmen von Ersatzvornahmen erfolgte die Entfernung und Einlagerung illegal aufgestellter Werbeanlagen.

Abschließend soll nunmehr über das **Landwirtschaftsamt** berichtet werden.

Eine der wichtigsten Einnahmequellen für die Landwirtschaft unseres Landkreises sind die Erlöse aus der Getreide-, Raps-, Kartoffel- und Zuckerrüben-ernte. Bei diesen Kulturen konnten 1998 wesentlich bessere Ergebnisse als im vergangenen Jahr erreicht werden, so die besondere Ernteermittlung des Landkreises. Mit 44,36 dt/ha Getreideertrag liegt das Ergebnis mit rund 8 dt/ha höher als 1997. Bei einem Gesamtgetreideertrag von 162.000 t im Landkreis Teltow-Fläming wurde das Vorjahresniveau um 34.000 t überboten. Einen entscheidenden Anteil hatte dabei der Winterweizen mit 65,2 dt/ha und die Wintergerste mit 52,4 dt/ha im Kreisdurchschnitt. Aber auch der Raps-ertrag von 25,2 dt sowie ein Kartoffelertrag von fast 350 dt/ha zeugen von einem überdurchschnittlich guten Erntejahr. Bei der Kartoffel-ernte, bei der immerhin 80.000 t Kartoffeln geerntet wurden, kann man durchaus von einem der besten Ergebnisse der letzten Jahre sprechen. Bei den Tierbeständen im Kreis ist ebenfalls von einer positiven Entwicklung auszugehen. Trotz der schwierigen Preis- und Absatzproblematik haben sich die Bestände bei

Rindern mit 48.500 Tieren gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht.

Die leicht rückläufige Tendenz bei den Milchkühen aufgrund der verfügbaren Milchquote wurde durch Ammen und Mutterkühe ausgeglichen. Bei den Schweinebeständen hat die gute Preissituation 1997 unter anderem auch dazu geführt, dass die Schweinebestände im Landkreis um 2 % angestiegen sind. Mit 92.700 Schweinen zählen wir im Land Brandenburg zu einer der intensivsten Schweineproduzenten. Auch bei Schafen hat sich der Bestand um 2.000 Tiere auf 11.300 Tiere im Landkreis erhöht.

Unterstützung erhalten die Landwirtschaftsbetriebe für die Flächenbewirtschaftung und Tierhaltung durch finanzielle Mittel der EU, des Bundes und des Landes Brandenburg. Durch das Landwirtschaftsamt konnten unter anderem für die Tierhaltung, insbesondere für Mastbullen, Mutterschafe und Mutterkühe 3,2 Mio DM gezahlt werden.

Für die Bewirtschaftung der 90.000 ha landwirtschaftliche Fläche im Landkreis erhielten die 350 Landwirtschaftsbetriebe unseres Landkreises eine Flächenbeihilfe von 39,5 Mio DM. Eine besondere Bedeutung im Land Brandenburg haben die Maßnahmen des Kultur- und Landschaftsprogrammes (KuLap). In unserem Landkreis kommen davon acht Förderrichtlinien zur Anwendung. 155 Antragsteller setzen diese Richtlinien auf 16.200 ha landwirtschaftliche Fläche, das sind 18 % unserer gesamten landwirtschaftlichen Fläche, um.

Maßnahmen, wie z. B. extensive Produktionsverfahren im Ackerbau, Grünlandextensivierung, bodenschonende Bewirtschaftungsverfahren oder der integrierte kontrollierte Obst- und Gemüseanbau sind nur einzelne Segmente dieses Kulturlandschaftsprogramms. Insgesamt erhalten die 155 Antragsteller aus unserem Landkreis für diese Maßnahmen 3,5 Mio DM. Hierbei gibt es eine enge Zusammenarbeit mit der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises sowie auch eine Kofinanzierung im Rahmen des Vertragsnaturschutzes. Aber nicht nur die umweltgerechte Produktion auf landwirtschaftlichen Flächen wird durch das Land Brandenburg gefördert, sondern auch eine tierartgerechte und umweltschonende Haltung von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen, Pferden und Geflügel. Im Rahmen des 2. Landeswettbewerbes wurden durch eine Bewertungskommission vier Landwirtschaftsbetriebe des Landkreises für die Auszeichnung auf Landesebene vorgeschlagen. Wichtige Voraussetzung dafür ist, dass die Bedingungen der Tierhaltung den natürlichen Bedürfnissen der Tiere angepasst werden müssen. Zur Förderung dieser Maßnahmen wurde im Land Brandenburg eine Richtlinie für Investitionen in der Tierproduktion verabschiedet. Diese Richtlinie ist seit 1996 in Kraft und bisher wurden aus unserem Landkreis 36 Antragsteller berücksichtigt.

Bei einem förderfähigen Investitionsvolumen von 22,1 Mio DM wurden aus dem Landeshaushalt für unseren Landkreis 7,9 Mio DM durch das Landwirtschaftsamt bewilligt. Das entspricht einem Anteil von 35,6 %. Mit diesen Investitionen in der Tierproduk

tion wurden unter anderem 636.000,-- DM für mobile Geräte und Maschinen aufgewendet, 9.800 Stallplätze neu bzw. 27.700 Stallplätze modernisiert, aber auch 20.000 m<sup>3</sup> Güllelagerraum neu geschaffen.

Wichtigstes Anliegen ist jedoch die Erhaltung sowie Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft. Durch diese Maßnahme wurden in den letzten drei Jahren 214 Arbeitsplätze gesichert bzw. 12 neue Arbeitsplätze geschaffen. Diese Investitionen in der Landwirtschaft sind notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Unternehmen auf Weltmarktniveau zu bringen. Als besonders problematisch wird gegenwärtig die Schweinepreissituation angesehen, die ein historisches Tief erreicht hat. Bei Ablieferungspreisen von ca. 1,60 DM/kg kann kein Gewinn erwirtschaftet werden, sondern Verluste werden vorprogrammiert. Eine ähnliche Situation zeichnet sich auch in der Milchproduktion ab. Die ausgereichten Milchquoten der Landwirtschaftsbetriebe durch das Land Brandenburg liegen unter den Erwartungen der Unternehmen unseres Landkreises. Auch die gegenwärtigen Verhandlungen zur Agrarreform (AGENDA 2000) lassen eher neue Probleme für die ostdeutschen Betriebe erkennen.

Ein weiteres Standbein der Landwirte unseres Landkreises bildet die Direktvermarktung ihrer landwirtschaftlichen Produkte. In diesem Jahr wurden zwei Maßnahmen durch Landesmittel unterstützt, unter anderem der Aufbau einer betrieblichen Vermarktung in Blankensee sowie die Unterstützung der Spargelvermarktung in Meinsdorf.

Der Landkreis beabsichtigt, die Direktvermarktung in unserem Landkreis aktiv zu unterstützen. Dazu ist vorgesehen, dass im Raum Dahlewitz ein Bauernmarkt vor den Toren Berlins errichtet werden soll, der den Landwirten unserer Region die Möglichkeit eröffnen wird, direkt vom Berliner Kunden zu profitieren. Diese Maßnahme ist ein Bestandteil des Sonderprogramms "Ländliche Entwicklung" 1998/99. Durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln aus einem Fördermix verschiedener Ministerien können zielgerichtet Maßnahmen im ländlichen Raum gefördert werden. Dazu zählten u. a. die Errichtung der Freizeitstätte in der Stadt Dahme, die Fachwerksanierung des Heimatmuseums in Dahme, die Erneuerung des Freibades in Oehna, das Pferdesportzentrum in Hauschteckslust, die Dachsanierung der Neuen Abtei in Kloster Zinna, der Bohlensteg in Blankensee, aber auch eines der bedeutendsten Baumaßnahmen in unserem Landkreis, der Um- und Ausbau der Fläminghalle in Luckenwalde.

Um den Anforderungen einer umweltgerechten und bodenschonenden Landbewirtschaftung besser als bisher gerecht zu werden, wurde erstmals im Land Brandenburg ein Demonstrationsvorhaben in einem Landwirtschaftsbetrieb unseres Landkreises begonnen. Diese Maßnahme über einen Zeitraum von fünf Jahren und einem Wertumfang von 1,5 Mio DM soll unter Hinzuziehung von wissenschaftlichen Einrichtungen die pfluglose Bodenbearbeitung und Bestellung unter ökonomischen und umweltgerechten Gesichtspunk-

ten untersuchen und auswerten. Ebenfalls wird in diesem Jahr eine Agrarentwicklungsplanung auf dem Gebiet der Kartoffelproduktion durchgeführt. Gemeinsam mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark soll eine qualitätsgerechte Kartoffelproduktion und Vermarktung in der Flämingregion analysiert und ausgewertet werden. Die ökonomische Betrachtungsweise der Kartoffelproduktion, insbesondere der Speise, Stärke und Pflanzkartoffel hat Modellcharakter im Land Brandenburg. Zur Ertrags- und Qualitätssicherung sind 1999 weitere Demonstrationsvorhaben auf dem Gebiet der zusätzlichen Bewässerung in der Fläming-Region vorgesehen.

Neben der Agrarförderung gehören auch weitere Aufgaben zum Landwirtschaftsamt wie z. B. die Genehmigung von Grundstücksverträgen lt. Grundstücksverkehrsgesetz. Die Genehmigung von durchschnittlich 500 Verträgen in einer Größenordnung über 1 ha/Jahr wird ergänzt durch die Registrierung und Aktualisierung von Landpachtverträgen als vordringliches Aufgabengebiet. Durch die Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BVS) und die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) wurde nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz in unserem Landkreis bisher 268 ha landwirtschaftliche Nutzfläche und 1.542 ha Holzungen verkauft. Zu den Pflichtaufgaben unseres Landwirtschaftsamtes gehört auch die Futtermittelüberwachung. Seit der Übertragung der Amtlichen Futtermittelüberwachung auf unseren Landkreis wurden bisher fast alle tierhaltenden landwirtschaftlichen Unternehmen untersucht, dabei gab es bisher nur unbedeutende Beanstandungen.

Durch die Bildungsmaßnahmen der Landwirtschaftsschule unseres Landkreises konnten in diesem Jahr wiederum 28 Teilnehmer eine zweijährige Ausbildung zum "Landwirtschaftsmeister" abschließen. Ab Oktober 1998 ist ebenfalls ein zweijähriger Kurs zum Landwirtschaftsmeister mit 20 Teilnehmern geplant. Weiterhin gehören zum Ausbildungsprogramm der Fachabschluß "Landwirt", die arbeitspädagogische Ausbildung mit Lehrbefähigung, die Winterschulung für Landwirte und Weiterbildung im Kleingartenwesen sowie die Betreuung der Lehrlingsausbildung in den landwirtschaftlichen Unternehmen unseres Landkreises. Gemeinsam mit der Landesagentur für Struktur und Arbeit GmbH (LASA), den Arbeitsämtern des Landkreises, dem Verein für Arbeitsförderung und berufliche Bildung e. V. in Luckenwalde wurde in diesem Jahr begonnen, eine Strukturanpassungsmaßnahme zur Verbesserung und Haltung der Umwelt in den landwirtschaftlichen Betrieben des Landkreises Teltow-Fläming umzusetzen.

Ganz speziell wird, beginnend in 23 landwirtschaftlichen Betrieben, nicht mehr benötigte landwirtschaftliche Bausubstanz renaturiert und dabei einer Vielzahl von Arbeitslosen im ländlichen Raum eine Beschäftigung geboten. Das gegenwärtige Projekt hat einen Wertumfang von insgesamt 3,0 Mio. DM. 1999 soll diese geförderte Strukturanpassungsmaßnahme auf weitere landwirtschaftliche Betriebe unseres Landkreises ausgeweitet werden. Neben der Schaffung von weiteren Arbeitsplätzen ist dabei

insbesondere auch die Attraktivität des ländlichen Raumes weiter zu verbessern.